Nr. 196 • Einzelpreis 10 Pfennig

Freitag, 22. August 1924

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2.— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung. 2,20 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Pfg. im Anzeigen- und 40 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44, Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319, Erfurt

Fort mit dem Inflations-Reichstag!

Die Sozialdemokratie fordert sofortige Reichstagswahlen zwecks Entlarvung der rechts- und linksradikalen Phrasenhelden.

Auflösung und Volksentscheid

Aus dem Ruhrgebiet kommt Mahnung auf Mahnung, die den Reichstag an seine Pflichten erinnert und von ihm die schnelle Verabschiedung des von der Reichsregierung ausgearbeiteten Mantelgesetzes für die Londoner Vereinbarungen erstrebt. Was hilfts? Die zum Umfall bereite Führung der Deutschnationalen scheint kurz vor der endgültigen Entscheidung mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt zu werden und dem radikalen Flügel der „konsequenten Politiker" vom Typ eines Herrn Laverrenz und Freytag-Loringhoven Platz machen müssen. Es besteht also die Gefahr, daß vorläufig über die Zukunft Deutschlands ein Häuflein von Menschen bestimmt, dessen Geisteszustand schon lange allgemein als krankhaft bezeichnet wird. Wie könnte es sonst auch möglich sein, daß ohne Rücksicht auf die Folgewirkungen das Dawes-Gutachten abgelehnt wird, obwohl die Ueberzeugung in fast allen Parteien vorherrschend ist, daß es im augenblicklichen Stadium der politischen Verhältnisse allein den Wiederaufstieg unseres 60-Millionen-Volkes ermöglicht. Darüber, was nach der Ablehnung kommen soll, haben sich die Deutschnationalen bisher keine Kopfschmerzen gemacht. Sie lehnen ab — und damit basta!

Aber selbst wenn es der deutschnationalen Führung unter dem Druck der kreditheischenden Landwirtschaft und der Industrie noch gelingen sollte, ihre Opposition zur Vernunft zu bringen, ist es nicht unnütz, schon heute zu untersuchen, was werden soll und kann, wenn die Ablehnung tatsächlich erfolgt. Den Deutschnationalen wäre natürlich nichts angenehmer, als daß in diesem Falle der Volksentscheid über die Annahme des Sachverständigengutachtens durchgeführt wird. Sie beten dreimal täglich zu ihrem Herrgott, der diesen Wunsch verwirklichen soll, weil sie selbst der festen Ueberzeugung sind, daß weit über die Hälfte der stimmberechtigten deutschen Wähler mehr Vernunft besitzt als sie selbst. Mit einer großen Geste beabsichtigen sie dann nach dem positiven Ausfall des Appells an die deutsche Bevölkerung von der Tribüne des Reichstags herab zu erklären: Bitte schön — wir haben es anders gewollt, aber wir sind jetzt bereit, auch gegen unsere gute Ueberzeugung den Willen der Volksmehrheit zu respektieren.

Die deutschnationale Logik ist damit jedoch nicht beendet. Ihre Spekulation auf die Dummheit der andern geht viel weiter. Die nationalen Männer der Rechten wünschen nicht nur den Volksentscheid, um sich im Augenblick vor der Verantwortung zu drücken, sie ersehnen ihn außerdem, um später in verstärktem Maße die alte Sehnsucht nach der Futterkrippe gestend zu machen. Die Partei über das Vaterland ist die Devise der Deutschnationalen Partei, die niemals deutsch gehandelt und kaum jemals national gedacht hat.

Ganz abgesehen davon, daß die Sozialdemokratie auch nur dem geringsten Versuch, mit dem deutschen Volke in dem gedachten Maße und auf die ersehnte Art Schindluder zu treiben, den entschiedensten Widerstand entgegensetzen wird, können wir uns jetzt nicht vorstellen, daß die bürgerlichen Parteien bereit wären, den deutschnationalen Volksverderbern in die Hände zu spielen. Was würde denn geschehen, wenn nach Ablehnung des Gutachtens im Reichstag nicht das Parlament aufgelöst, sondern nur der Volksentscheid angerufen würde? Inzwischen wäre die Frist für die Ratifikation der Londoner Vereinbarungen verstrichen. Sie läuft bekanntlich am 30. August ab. Keine der auf der Londoner Konferenz anwesenden Parteien wird sich weiter an die Vereinbarungen halten, — praktisch würde also London umsonst gewesen sein, weil die Deutschnationalen es gegen den Willen der Volksmehrheit wollen. **Deutschland erhielte keine Kredite, die Ruhr würde nicht geräumt, die wirtschaftlichen Verhältnisse im Westen Deutschlands blieben wie sie sind.** Unter diesen Umständen würde der Reichstag schon in absehbarer Zeit gezwungen sein, an die alliierten Regierungen mit dem Ersuchen heranzutreten, die Verhandlungen über das Reparationsproblem wiederaufzunehmen. Nur ein Narr kann sich einbilden, daß dieses Ersuchen in dem Augenblick, wo es gestellt wird, nicht mit einer schallenden Ohrfeige beantwortet würde. Es gehört schon das Gemüt deutschnationaler Politiker zu der Erwartung, daß auch die Alliierten so mit sich spielen lassen, wie das deutsche Volk bereits jahrelang von den Deutschnationalen mit sich spielen läßt. So sicher wie zweimal zwei vier, werden die alliierten Regierungen alle Verhandlungen mit einer Regierung, die von einem Reichstag eingesetzt worden ist, der es zu gegebener Zeit abgelehnt hat, die Londoner Vereinbarungen zu ratifizieren, weit von sich weisen. Das Prestige der alliierten Nationen verlangt geradezu einen derartigen Schritt. Deutschland aber wäre wieder einmal in der Situation von 1914 — die ganze Welt stände gegen uns, weil die Deutschnationalen es das zweitemal gewollt haben.

Vorläufig nehmen wir an, daß nur die verantwortungslosen Deutschnationalen bereit sind, für die bewußte Herbeiführung einer derartigen Situation mit dem Maulwerk die Verantwortung zu übernehmen, solange keine Gefahr droht. Wenn das der Fall ist, dann bleibt gar nichts anderes übrig, als nach der Auflösung des Reichstags den Volksentscheid einzuleiten. Vor Ablauf der Ratifikationsfrist kann der Volksentscheid gar nicht durchgeführt werden, und selbst wenn er zu einem positiven Ergebnis führt, muß die Reichsregierung doch an die Alliierten herantreten, damit die Verhandlungen wiederaufgenommen werden. In diesem Falle ist die Lage Deutschlands jedenfalls hundertmal besser, wenn es sich um eine Regierung handelt, die auf Grund eines neuen Reichstages gebildet würde, als wenn die Intervention durch eine Regierung erfolgt, die sich auf einen Reichstag stützt, der sie vier Wochen früher im Stiche gelassen hat.

Also nicht durch Volksentscheid und dann Auflösung, sondern durch Auflösung und Volksentscheid in unmittelbarer Folge ist die schnellste Möglichkeit gegeben, das deutsche Volk trotz der Deutschnationalen seinem Wiederaufstieg entgegenzuführen.

Die Haltung der „Verantwortungsvollen".

Bis jetzt kein Umfall der Deutschnationalen.

Berlin, 22. August. (Eig. Drahtbericht.)

Die deutschnationale Reichstagsfraktion befaßte sich am Donnerstag in einer vierstündigen Sitzung mit den Londoner Vereinbarungen. Ueber den Verlauf der Sitzung wird folgender parteioffizielle Bericht veröffentlicht: Die deutschnationale Fraktion, verstärkt durch zahlreiche Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion, nahm am Donnerstag einen eingehenden Bericht des Parteivorsitzenden entgegen. Sie sprach zu der bisherigen Haltung der Parteileitung, insbesondere zu der Veröffentlichung vom 15. August 1924 (in der bekanntlich der ablehnende Standpunkt der Deutschnationalen zu den Londoner Vereinbarungen zum Ausdruck gebracht wird. — D. Red.) einmütig ihre Zustimmung aus. Sie stellte ferner einmütig fest, daß sie nach wie vor auf dem in ihren sieben Punkten und in der Rede des Abgeordneten Hoetzsch vom 26. Juli festgelegten Standpunkt beharrt. Sie ist sich dabei ihrer Verantwortung voll bewußt und ist überzeugt, daß sie mit dieser Haltung den Interessen und der Stimmung ihrer Parteifreunde in den besetzten Gebieten entspricht.

*

Der Beschluß der Deutschnationalen kann unseres Erachtens nichts anderes als eine glatte Ablehnung des Sachverständigengutachtens bedeuten. Die Regierung müßte sich deshalb jetzt ihrer Verpflichtungen und Versprechen erinnern, indem sie den Inflations-Reichstag vom 4. Mai auflöst und Neuwahlen ausschreibt. Der frühseste Termin wäre voraussichtlich der 21. September, da das Reichsministerium des Innern drei Wochen vom Tage der Auflösung an gerechnet den Behörden die notwendigen Anordnungen geben muß. Da es nicht ganz ausgeschlossen ist, daß innerhalb dreier Wochen die notwendigen Vorbereitungen bis ins kleinste und letzte getroffen sind, glaubt das Reichsinnenministerium die drei Wochen aus Sicherheitsgründen um acht Tage verlängern zu müssen, so daß **frühestens in vier Wochen nach der Auflösung die Wahlen stattfinden können.**

Unseres Erachtens ist es überhaupt zwecklos, den Reichstag nach der deutschnationalen Ablehnung noch acht Tage reden zu lassen und dann erst aufzulösen. Wir sind der Auffassung, daß wir **wirtschaftlich und politisch keine Zeit zu verlieren** haben, und wenn schon gewählt werden muß, man die Wahlen so schnell wie möglich ausschreiben soll. Vorläufig aber besteht hierfür nicht überall Neigung und besonders die Deutschnationalen fühlen sich nicht ganz wohl bei ihrem Beschluß. Beachtenswert ist das, was das „Berliner Tageblatt" in seiner heutigen Morgenausgabe zu diesem Beschluß schreibt. Das Blatt sagt u. a.:

„Die deutschnationale Erklärung zieht sich auf die bekannten sieben Programmpunkte zurück. Das Wort „Ablehnung" kommt darin nicht vor. Man scheint also Wert darauf zu legen, sich für die nächsten Tage die Tür offenzuhalten. Allerdings erklärten sowohl Hergt als auch Graf Westarp gesprächsweise, daß die Entschließung als ein glatte Ablehnung aufzufassen sei. Noch nie sei die Fraktion so einmütig gewesen wie diesmal. Diese Aeußerungen dürfen aber wohl nicht auf die Goldwage gelegt werden. Man darf im Gegenteil annehmen, daß die vorsichtig formulierte Entschließung den Weg zu Verhandlungen mit der Regierung und mit den Koalitionsparteien freimachen soll. Nach welcher Richtung hin? Wahrscheinlich werden die Deutschnationalen Erklärungen von der Regierung fordern, vor allem über die militärische Räumung und über die Kriegsschuldfrage, und von dem Inhalt dieser Erklärungen dann ihre weitere Stellungnahme abhängig machen. Möglich, daß sie von neuem auch den Eintritt in das Reichskabinett verlangen werden mit der Begründung, daß sie nur so die Begründung für eine Politik hätten, die den notwendigen Erklärungen der Regierung auch wirklich entspreche."

Der Kuhhandel ist also scheinbar noch nicht ganz beendet.

Schluß und genug!

Die Volksvertreter sind in Berlin versammelt. Die Auswirkungen des Londoner Paktes sollen von ihnen gesetzgeberisch festgelegt werden. Dabei werden die Abgeordneten der besetzten Gebiete ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Wir unterstreichen daher vollkommen, was der Reichstagsabgeordnet: für Köln, Genosse Sollmann, in einem längeren Aufsatz schreibt, daß der Vertragsinhalt keineswegs kritiklos zu betrachten sei, sondern daß auch wir mit berechtigten Vorbehalten die uns gemachten Zusicherungen lesen, die Hoheitsbeschränkungen verfolgen, die Tatsache der Finanzkontrolle feststellen müssen. Völkische und Kommunisten werden in altgewohnter Verantwortungslosigkeit mit Feldgeschrei alles ablehnen, ohne auch nur im mindesten einen Ausweg zeigen zu können. Kommt keine Zweidrittelmehrheit im Reichstage zusammen, werden am 30. August die Abkommen nicht unterzeichnet, dann sind die Abmachungen hinfällig. Auf die Frage: „Was dann?" verweigern die Gegner die Antwort. Von den Narren um Ludendorff und um Ruth Fischer ist nichts, von den Deutschnationalen nicht viel zu erwarten. Es bleibt nur noch die große Lüge der „nationalen" Agitation, angesichts deren feststellen ist, daß hinter der deutschnationalen Politik nur **neue Bedrückungen, neuer Terror, neuer Separatismus, verschärfte Wirtschaftskrise und verschärfter Militarismus für die besetzten Gebiete auftauchen.** Das Rheinland hat diese ungeheure Lüge satt!

„Bringen die Deutschnationalen", so fährt Genosse Sollmann fort, „die Londoner Gesetze zum Scheitern, so verhindern sie: **die sofortige Befreiung von 900 000 Deutschen von dem Drucke fremder Besatzung, die Aufhebung der Binnenzollinie, das Verschwinden der Eisenbahnregie, die Rückgabe aller jetzt in Regie betriebenen Bergwerke, Kokereien, industriellen, landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und Schiffahrts-Unternehmungen, die Aufhebung der Einreiseschwernisse, die Amnestie der Gefangenen, die Rückkehr von 60 000 Ausgewiesenen, die Wiederherstellung der politischen Freiheiten,** wie wir sie wenigstens unter der Geltung des Rheinlandabkommens gehabt haben, **die Beseitigung aller Beschränkungen des Personen-, Güter- und Wagenverkehrs, die allmähliche Verringerung der gesamten Besatzung, die endgültige Erledigung des Separatismus, die Wiederherstellung der deutschen Verwaltungs- und Justizhoheit im Rahmen des Rheinlandabkommens, die Ueberwindung der allgemeinen Wirtschaftskrisis und damit die Beschäftigung von Millionen Menschen, die jetzt infolge von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nicht nur hungern, sondern verkommen und verhungern.**

Lehte in solcher Stunde nur die Partei in unserm Herzen, so müßten wir sagen: Nur zu! Lehnt die Gesetze ab! Dann aber einen Wahlkampf, sofort, mit allen Kräften auf diese Frage gerichtet, und die seit Wochen nach dem Zusammenbruch ihrer nationalistischen Ideologie schlotternden Horden würden vom Westen her eine Woge in Bewegung setzen, die dutzendweise die Sieger des 4. Mai überfluten würde. Dieser Wahlkampf würde vom besetzten Gebiet her, von neun Zehnteln seiner Bevölkerung, von seinen Provinz-, Kreis- und Gemeindevertretungen seine Richtung bekommen. Es soll niemand glauben, daß wir in solchen Wochen dem unbesetzten Deutschland erlauben würden, auf Kosten unseres Schicksals in Parteigezänk zu schwelgen und sich und Unmündige an Phrasenmet zu berauschen. Das besetzte Gebiet, überparteilich, wird sprechen, knapp und klar. Seine Elendsheere, die Opfer Poincarés und seiner deutschen Gegenspieler, werden aufmarschieren und zehnmillionenfach den Schwätzern und Lügnern der Deutschen Tage entgegenrufen: Schluß und genug!

So würden wir, auch als Sozialdemokraten, begeistert, zornig und siegessicher in den Wahlkampf gehen. Aber Deutschland, seine Wirtschaft und seine Finanzen, können den Wahlgang nicht brauchen. Die Verzögerung wäre allzu teuer, nicht zuletzt von den Arbeitern, Angestellten und Beamten, bezahlt.

Das besetzte Gebiet blickt auf den Reichstag. Wird er versagen, weil Ludendorff nicht zugeben will, daß Männer seiner Art für immer in Deutschland ausgespielt haben, weil Graefe unfähig ist, sein überreiztes Temperament zu zügeln, weil die wohlunterrichteten und längst zur Erfüllungspolitik bekehrten Hergt und Hoetzsch sich gegen einige Dutzend Dickschädel ihrer Fraktion nicht durchsetzen können, weil Ruth Fischer sich in der Rolle einer Soubrette der Revolution gefällt? Ist dies der Geist von mehr als einem Drittel des Reichstags, dann muß er mit Schande und mit Fluch abtreten. **Sofort, und ohne daß man erst lange andere Auswege sucht.** So will es das besetzte Gebiet, und der Wahltag würde zeigen: so wollte es auch das deutsche Volk, denn es weiß gut genug, daß ihm nur harte Jahre und nicht Verzweiflungsausbrüche den Weg zur Freiheit bahnen.

Sozialdemokratische Fraktionssitzung.

Die Partei mit aller Entschiedenheit für Reichstagsauflösung.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstagnachmittag mit den Londoner Vereinbarungen und der sich hieraus ergebenden politischen Lage. Der Fraktionsvorstand war einmütig der Auffassung, daß **im Falle einer Ablehnung der erforderlichen Gesetze durch den Reichstag mit aller Entschiedenheit die Reichstagsauflösung verlangt werden muß.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408221-13/fragment/page=0001

Vor der Entscheidung im Reichstag.

Regierungs-Erklärungen.

Das Londoner Abkommen im Auswärtigen Ausschuß.

Berlin, 22. August. (Sog. Korr.-Dienst.)

Die Donnerstagsitzung des Auswärtigen Ausschusses war auf Vorschlag des Vorsitzenden, Genossen Hermann Müller, öffentlich, so daß, mehrere sämtliche, bereits in Berlin anwesenden Abgeordneten an der Aussprache über das Schlußprotokoll der Londoner Konferenz als Zuhörer teilnahmen. Einleitend betonte Reichskanzler Marx, daß die Reichsregierung **die Unterzeichnung des Londoner Protokolls nicht hinauszögern wolle.** Auch der französische Ministerpräsident sei für Erledigung binnen zehn Tagen eingetreten. An der Einhaltung des 30. August als Termin bestehe das allergrößte Interesse, da alle anderen Termine von ihm abhingen. — Graf Lerchenfeld von der Bayerischen Volkspartei und der Führer der Deutschnationalen Hergt, wünschten zunächst Aufklärung, welche auch der Londoner Vereinbarung werde, wenn keine Zweidrittelmehrheit im Reichstage zustande komme. Nach Hergt gebe es in diesem Falle nur zwei parlamentarische Lösungen, entweder Auflösung des Reichstages oder Volksabstimmung. (Stürmische Zurufe der Sozialdemokraten: Beides!) — Der Reichskanzler erklärt, daß nach seiner Auffassung die Frage offen sei, was werden solle, wenn **die durch die Londoner Vereinbarungen bedingten Gesetze nicht angenommen werden. Eine Gebundenheit der Alliierten sei dann nicht mehr vorhanden.** Innerpolitisch betrachte es die Regierung als ihre Aufgabe, den Reichstag zu seiner Pflicht zurückzubringen, wenn er versage, d. h. alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um den Reichstag zur Zustimmung zu veranlassen. Mit allem Ernst müsse auf die Folgen hingewiesen werden, die sich aus einer Versäumnis des Termins des 30. August ergeben. **Eine neue Konferenz sei nicht ohne weiteres möglich, wahrscheinlich sei dann sogar alles aus.** Hergt tritt demgegenüber für eine neue Konferenz ein oder erhofft eine Lösung von direkten deutsch-französischen Verhandlungen. Im übrigen verwahrt er sich gegen Vorwürfe, die gegen diejenigen erhoben werden, die aus vaterländischen Gründen (!) zu einer ablehnenden Auffassung gekommen sind. Großes Gelächter quittiert diese Verwahrung. — Der Demokrat Haas bezeichnet es als ein immerhin interessantes Anzeichen, daß sich die Rechte bereits darüber Sorgen mache, was im Falle der Ablehnung weiter werden solle. Gegenüber Angriffen der Völkischen und Deutschnationalen, die sich auch bei dieser Gelegenheit als Hüter des wahren Parlamentarismus aufspielen, weist der Reichskanzler darauf hin, daß **nach der Verfassung der Reichspräsident das Reich völkerrechtlich vertritt und Bündnisse und Verträge mit anderen Staaten abschließt. Dementsprechend habe er die deutsche Delegation mit den Vollmachten für London ausgestattet und sie auch zur sofortigen Unterzeichnung bevollmächtigt. Die Delegation hatte damit das Recht, Verträge zu schließen. Das Londoner Protokoll verpflichte die Reichsregierung, die Gesetze dem Reichstag vorzulegen. Was der Reichstag dann tue, liege in dessen Verantwortung.**

Reichsaußenminister Dr. Stresemann führte aus: **Weitere Verhandlungen sind nicht möglich, wenn dieser Reichstag ablehnt,** bevor die Neuwahlen zu Ende sind, und solange noch kein anderer Reichstag da ist, der zustimmt. Während der ganzen Zeit, die die Reichsverfassung für die Neuwahlen vorschreibt, ist also für die Regierung jede Möglichkeit genommen, nach dieser Richtung etwas zu tun. Und ich möchte dann doch wirtschaftlich bemerken: Während dieser Zeit hat der Finanzminister zu sehen, daß die Micumverträge verlängert werden **während dieser Zeit hört alles auf zu laufen an Terminen, was sich auf Räumungen bezieht, was sich auf Freigabe der Regie-Zechen bezieht und auf alles andere,** was vorgesehen ist. Und wenn wir dann einen neuen Reichstag haben und wenn der neue Reichstag grundsätzlich ja sagt, können wir erst an die anderen Mächte herantreten, und auch dann sind die anderen Mächte völlig frei in ihren Entschließungen darüber, ob sie noch einmal mit dem Deutschen Reich in neue Verhandlungen eintreten wollen. Werden wir dann günstigere Verhandlungsmöglichkeiten finden? Man darf die Opposition in Frankreich gegen die Räumung nicht übersehen.

Reichsfinanzminister Dr. Luther: **Der Kern des Abkommens** besteht darin, daß **die Reparationskommission nicht mehr schalten und walten kann wie bisher.** Die vorherrschende Stellung Frankreich-Belgiens in ihr ist beseitigt. Für alle Streitfragen sind Schiedsgerichte eingeführt. Wenn in einzelnen Punkten an die Stelle der Botschafterkonferenz die Reparationskommission getreten ist, so bedeutet das, daß eben auch hier in Zukunft ein Schiedsgerichtsverfahren eintreten soll. Der Dawes-Plan bedeutet, daß für die nächsten 37 Jahre Maximallasten für Deutschland festgesetzt worden sind. In dieser Zeit kann man trotz des Londoner Zahlungsplanes von uns nicht mehr verlangen, als der Dawes-Plan von uns fordert.

Bei der folgenden Besprechung der zu leistenden Zahlungen aus dem Reichshaushalt und der Kontrolle über Zölle und einzelne Verbrauchssteuern behauptet Hergt (Dn.), daß auch hier gegenüber dem unerträglichen Gutachten weitere Verschlechterungen eingetreten seien.

Abg. Hilferding (Soz.): Mit dem Abbau der Ruhrmethoden lebt der frühere Rechtszustand wieder auf. Die neuen Kontrollbestimmungen bedeuten eine außerordentliche Einschränkung, da sie keine Kontrolle kennen für die Ausgaben, für die direkten Steuern und für die übrigen Steuern mit Ausnahme einiger ganz bestimmter. **Die Verpfändung eines erheblichen Teiles der deutschen Einnahmen ist von der Regierung Cuno angeboten worden, und damals haben die Deutschnationalen, die jetzt über Verschlechterungen schreien, zugestimmt.** Was verpfändet ist, wird natürlich auch kontrolliert. **Die Einschränkung der Kontrolle ist ein sehr erheblicher Erfolg.** Mit den Kommunisten kann man darüber nicht reden, denn entweder haben sie das Gutachten nicht gelesen, oder sie haben es gelesen, verstehen aber die ganze Sache nicht.

Die Gutachtengesetze im Reichsrat.

Ministerpräsident Braun über den Standpunkt Preußens. Zustimmung mit Zweidrittelmehrheit.

Berlin, 21. August. (Eig. Drahtbericht.)

Nach Verabschiedung der Novelle zum Reichsmahlgesetz debattierte der Reichsrat am Donnerstag in siebenstündiger Sitzung über die Londoner Vereinbarungen und die auf Grund des Dawes-Gutachtens zu verabschiedenden Gesetze. **Das Bankgesetz, das Gesetz über die Industrieobligationen und das Münzgesetz** wurden gegen die Stimmen der Vertreter von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz sowie des Vertreters für Ostpreußen und Pommern, Beer, angenommen. Die thüringische Regierung enthielt sich der Stimme. Gegen das Eisenbahngesetz stimmten außer den genannten Landesvertretern auch die Bevollmächtigten Bayerns und Württembergs. **Die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde trotzdem erreicht.**

*

Der preußische Ministerpräsident gab im Reichsrat für die preußische Regierung folgende Erklärung ab:

„Das Resultat der Londoner Konferenz, wie es in den dort getroffenen Vereinbarungen uns vorliegt, kann uns wenig befriedigen. Es belastet das deutsche Volk und seine Wirtschaft auf das Schwerste. Es zwingt uns weiter eine Kontrolle unseres Etats und Finanzwesens auf, die für ein souveränes Volk und ein selbständiges Staatswesen schwer erträglich ist. Es soll auch die militärische Besetzung des Ruhrgebietes, deren Vertragswidrigkeit ernstlich nicht mehr bestritten werden kann, noch ein Jahr lang andauern. Hierdurch wird Preußen, dessen wichtigstes Wirtschaftsgebiet dabei in Frage kommt, besonders stark berührt. Wir haben heute hier darüber zu entscheiden, ob wir als die im Reichsrat vereinigten Vertreter der Länder diesem von der Reichsregierung mit den alliierten Mächten getroffenen Abkommen zustimmen wollen. Es ist wohl die für unser Land und Volk schicksalschwerste Entscheidung, vor die der Reichsrat seit seinem Bestehen jemals gestellt worden ist. Da das Abkommen und die aus ihm sich ergebenden Gesetze das Ergebnis der Beratungen mit den ausländischen Mächten sind, ist eine Aenderung des materiellen Inhalts der uns zur Beschlußfassung unterbreiteten Vorlagen ausgeschlossen.

Wir können nur ablehnen oder annehmen.

Bei dieser Entscheidung müssen wir uns nach einmal vor Augen halten, vor welche furchtbare Alternative wir gestellt sind. Die Annahme bedeutet: Schwere wirtschaftliche Lasten für unser ohnehin verarmtes Volk auf Jahrzehnte hinaus, Verzicht auf erhebliche Steuereinnahmen des Reiches zugunsten der Reparationskasse; eine weitgehende Kontrolle unseres Finanz- und Etatswesens durch die auswärtigen Mächte. Ausgabe des entscheidenden Einflusses des Reiches auf das für unser Wirtschaftsleben wichtigste Verkehrsmittel, die Eisenbahn, und Verzicht auf ihre Erträge zugunsten der Reparationskasse. Duldung ausländischer Einflüsse auf unser Währungs- und Bankwesen. Erhebliche Sonderbelastung unserer Industrie.

Die Annahme bedeutet andererseits aber auch:

Sofortige Befreiung etwa 900 000 Deutscher von der fremden Besatzung,

die Freilassung Hunderter aus den Gefängnissen,

die Rückkehr vieler Tausend Ausgewiesener nach ihrer Heimat,

die Beseitigung der unser Wirtschaftsleben schwer hemmenden inneren Zollgrenzen und der Paß-Schikanen im Westen,

Auslandskredite für Industrie und Landwirtschaft zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur langsamen Aufwärtsentwicklung unseres Wirtschaftslebens.

Die Ablehnung bedeutet gegenüber diesem:

Aufrechterhaltung des militärischen Drucks auf die besetzten Gebiete und ihre Bevölkerung, vielleicht gar verstärkte Drangsalierungen. Sie bedeutet ferner, daß Hunderte von Deutschen, die ihrem Vaterlande Treue bewiesen haben, auf Jahre hinaus weiter in den Gefängnissen schmachten müssen und **Tausende von Ausgewiesenen nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren können.** Sie bedeutet weiter: **Keine Kredite für Industrie und Landwirtschaft und somit erschreckende Zunahme der Arbeitslosigkeit mit ihren Folgen: bitterste Not und Elend für weite Volkskreise, Verfall der Währung und der sich daraus für unsere Wirtschaft ergebenden katastrophalen Folgen.**

Die Verantwortung für diese zweite Alternative glaubt die preußische Staatsregierung nicht auf sich nehmen zu können und stimmt daher dem Abkommen und den sich aus diesem ergebenden Gesetzen zu. Sie tut das in der bestimmten Erwartung, daß die Reichsregierung alles daransetzen wird, daß das Los der Bevölkerung, die noch weiterhin gezwungen ist, unter dem Druck der Besatzung zu leben, möglichst gemildert und daß vor allem in den besetzten Gebieten die volle deutsche Verwaltungs- und Justizhoheit wiederhergestellt wird und die Rheinlandkommission und die Besatzungstruppen sich auf die Maßnahmen beschränken, die in loyaler und vernünftiger Auslegung des Rheinlandabkommens zur Gewährleistung der Sicherheit der Besatzungstruppen unerläßlich sind."

*

Der bayerische Ministerrat hat sich, wie uns aus München gedrahtet wird, am Donnerstag erneut mit dem Londoner Abkommen beschäftigt und auch über die bayerische Stellungnahme zu den für die Durchführung des Abkommens notwendigen Reichsgesetzen Beschlüsse gefaßt. Die Besprechungen ergaben, wie mitgeteilt wird, „einhellige Auffassung" der Lage. Auch die Führer der Koalitionsparteien waren bei den Besprechungen zugegen.

Die freien Gewerkschaften für Annahme.

Essen, 22. August. (Eig. Drahtbericht.)

Hier sprach am Donnerstag vor den **Funktionären und Betriebsräten der freien Gewerkschaften** Genosse Sollmann für die Annahme der Londoner Beschlüsse, deren schwere Lasten er nicht verheimlichte. **Ein kommunistischer Gegenredner konnte sich nur schwer gegen den Unwillen der Versammlung durchsetzen. Der Wille der übergroßen Mehrheit war klar für Annahme, im anderen Falle für die Auflösung des Reichstages.**

Herriot vor Kammer und Senat.

Die nationalistischen Quertreibereien zurückgewiesen. • Herriot kündigt französisch-deutsche Handelsvertragsverhandlungen an.

Paris, 22. August. (Eig. Radiomeldung.)

In Kammer und Senat sind gestern nachmittag die von der Opposition versuchten Quertreibereien schmählich gescheitert. Im Senat, wo ein von den Anhängern Herriots eingebrachtes Vertrauensvotum an die Kommission verwiesen worden ist, gingen die Bemühungen der Minderheit unter Poincarés Führung dahin, Herriot zu einer Aussprache in der Kommission zu zwingen und so die öffentliche Debatte zu verhindern. Herriot durchkreuzte dies Manöver durch die Erklärung, daß er nichts zu verbergen habe und daß er Fragen, die die Minderheit an ihn zu stellen beabsichtige, in öffentlicher Sitzung beantworten werde, sobald die Interpellationsdebatte in der Kammer beendet sei. In der Kammer, wo der Abgeordnete Aloz nach einer Aussprache, die er am Vormittag mit Herriot gehabt hatte, auf die ursprünglich beabsichtigte Vertretung des Standpunktes, daß die Londoner Beschlüsse eine Abänderung des Versailler Vertrages bedeuteten, verzichtet hatte, versuchte die Minderheit, ähnlich wie im Senat, die Debatte in die Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu verlegen. Ein vom Abgeordneten Bokanowski gestellter Antrag, die Londoner Beschlüsse einer eingehenden Prüfung durch die Kommission zu unterwerfen, wurde von Herriot zurückgewiesen und von der Kammer mit 320 gegen 209 Stimmen abgelehnt. Heute vormittag 10 Uhr begann die eigentliche Interpellationsdebatte. Auch der Kommunist Marth hatte durch einen Antrag, der jedoch mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde, Vertagung der Sitzung zu erreichen versucht, bis der Senat den Amnestieentwurf besprochen habe.

In der von Herriot nach stürmischer Begrüßung gestern abgegebenen Erklärung wird der Nachweis für die Richtigkeit der Wahl der Mittel zur ferneren Begleichung der deutschen Verpflichtungen geführt. Wenn Frankreich auf Sachlieferungen für 1924 und 1925 hoffe, so müsse erst einmal die 800-Millionen-Goldmarkanleihe Erfolge haben. **Wenn die Interessen in London nicht schließlich in Einklang gebracht worden wären, würden sie sich zu solchem Gegensatz verschärft haben, daß eine Annäherung unmöglich geworden und die Konferenz zusammengebrochen wäre. Das in dem französischen Vorschlag zur Behebung der Schwierigkeiten zutage getretene Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit werde künftig die nationalen Probleme beherrschen müssen,** wenn nicht die Völker um jeden Preis den entsetzlichen Brauch des Krieges entfalten wollten. (Lebh. Beifall links!) In dem Maße, in dem man dem Kriege fernerrücke, verschwinde die kriegerische Stimmung. (Widerspruch rechts und Zuruf: Nicht in Deutschland!) Herriot begründete die Notwendigkeit, nachträglich die Ruhrräumungsfrage aufs Londoner Programm zu nehmen und kündigte französisch-deutsche Handelsvertragsverhandlungen für den 1. Oktober an. — Die Mehrheit, die wiederholt starken Beifall spendete, bereitete Herriot beim Verlassen der Tribüne stürmische Ovationen.

Freude bei den französischen Ludendorffern.

Paris, 22. August. (Eig. Radiomeldung.)

Die französische Oeffentlichkeit verfolgt den von den Deutschnationalen geführten Kampf gegen die Beschlüsse der Londoner Konferenz mit gespannterer Aufmerksamkeit. Die nationalistische Pariser Presse vermag ihre **Genugtuung über die Opposition der Rechten in Deutschland kaum zu verbergen.** Die Freude, mit der die französische Rechtspresse die Möglichkeit einer Ablehnung der Gesetze im Reichstag verzeichnet, zeigt wieder einmal, **wie die Extremen einander in die Hände arbeiten.**

Die eiserne Flut.

(Ein Metallarbeiterroman.)

Von **Paul Täumel** (Halle).

1. Teil.

1] (Nachdruck verboten.)

Neuringh schwieg. Eine lange Zeit. Nicht etwa, weil sich in ihm auch nur der leiseste Wunsch regte, eine sofortige Ablehnung dieses Antrages zu vermeiden, sondern er überlegte, wie er diese Ablehnung am wirkungsvollsten vorbringen könnte. Er wußte, daß die kommenden Jahre nichts als ein erbitterter und unerbittlicher Kampf mit den Vertretern der Unternehmer und ihnen selbst werden würden. Die Lust zu diesem Kampf überkam ihn an der Schwelle des neuen Lebens so mächtig, daß er ihn schon heute in schärfster Form eröffnen wollte, in eben dem Augenblick, da man ihn mit glänzenden Versprechungen an das andere Lager fesseln wollte. Denn das war ihm sofort klar: dieses Angebot war nur die Folge seiner gestrigen Wahl, nichts weiter. Er erkannte aber weiterhin die Ueberlegtheit, mit der man gegen ihn und die Sache, der er sich in Zukunft ganz widmen wollte, vorging, und die ihm die Notwendigkeit auferlegte, gleich überlegt zu handeln und sich keine Blößen zu geben.

Die Direktion hätte ihm ja am Orte und im Werke selbst einen gut bezahlten Posten anbieten können, die zerstörende Wirkung auf die gewerkschaftliche Organisation wäre viel tiefer gewesen, das Zusammentunden der Arbeiter zu gemeinsamem Handeln würde mit dauerndem Mißtrauen erfüllt worden sein, wenn er, Neuringh, angenommen hätte. Seines Erachtens war dieser Schritt unterblieben, weil die Menschenkenntnis des Direktors die Ablehnung voraussah. Darum sein eigenhändiges Bemühen, ihn mit der Verheißung einer ungeahnte Möglichkeiten erschließenden Auslandsstelle zu gewinnen.

Und sonderbar, wäre ihm diese Möglichkeit vor vier oder fünf Jahren geboten worden, mit beiden Händen hätte er zugegriffen, um das Rad der industriellen Entwicklung auch zu seinem kleinen Teile mit forrollen zu helfen. Jetzt aber war das alles anders. Jetzt hatte er sich selbst ein Ziel erarbeitet, das unweigerlich und folgerichtig durchzusetzen ihm immer mehr zum inneren Zwang wurde. Dieses Ziel war der Aufstieg der Tausende in den Werkstätten, daß sie mitbestimmen und mitregieren konnten und nicht mehr ihre Unterhändler stehend vor den Wirtschaftsgewaltigen um Pfennige feilschen mußten und Gefahr liefen, hinausgeworfen zu werden. Unter diesem inneren Zwange handelnd, setzte er zur Antwort an.

„Herr Direktor, ich könnte darauf hinweisen, daß man auf ein solches Angebot nicht im Handumdrehen antworten kann."

„Wenn Sie Bedenkzeit haben wollen", warf dieser ein.

Neuringh schüttelte den Kopf und fuhr fort:

„Ich könnte darauf hinweisen, daß ich verheiratet bin und eine Uebersiedlung in ein fremdes Land unter diesen Umständen überlegt sein will, aber ich sage dies nicht."

„Sie nehmen also an", konnte sich der Direktor nicht enthalten, etwas lebhafter zu fragen.

„Auch das will ich nicht sagen, sondern ich möchte nur darauf hinweisen, daß ich Gelegenheit habe, von morgen an Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes zu sein, und daß ich einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dieser Tatsache und Ihrem Angebot erblicke."

Einen Augenblick lang stutzte die Gestalt des Gewaltigen am Schreibtisch, als der andere so geradezu den Kern der Angelegenheit unbarmherzig in den Mittelpunkt rückte. Aber nur einen Augenblick lang.

„Allerdings ist mir das seit etwa einer Stunde bekannt. Sie können auch wissen, daß mir der Obermeister Riebeck diese Mitteilung machte. Welche Schlußfolgerungen Sie sonst noch daran und an das Angebot knüpfen, ist mir vollständig gleichgültig", fügte er noch hinzu in einem um einige Nuancen geschäftsmäßigeren Ton.

„Sie haben gesinnungstüchtige Diener auch in unseren Kreisen, das muß Ihnen der Neid lassen, denn Obermeister Riebeck hat diese Wissenschaft doch auch nicht aus eigenem Vermögen. Bedauern würde ich nur, wenn diese Diener im Vergleich zu mir zu schlecht belohnt würden", sagte Neuringh nicht ohne leichte Ironie. Er glaubte dabei einen leichten Schatten über das kaum vom Tageslicht getroffene Gesicht des Direktors fliegen zu sehen. Doch dieser fuhr unbewegt fort:

„Da Sie mein Angebot noch nicht abgelehnt haben, so möchte ich, ehe Sie unzweideutig antworten, noch einige Worte sagen. Die Eisenindustrie ist im Begriff einen Siegeszug anzutreten, der ihr die ganze Welt unterwerfen wird. Nichts kann sich ihrem Einfluß entziehen. Sie ist für unabsehbare Zeit die stärkste Macht auf der Welt. Sie drückt dem Wirtschaftsleben ihr Gepräge auf, und nicht nur das: sie zerbricht die Staatsformen, wenn diese hindernd ihrem Siegeszug entgegenstehen. Stellen Sie doch nur die heutige Türkei in Vergleich mit der vor zehn Jahren. Es war der Siegeszug des Eisens, und zwar des deutschen Eisens, das diesem mittelalterlichen Staat das Gepräge eines modernen Kulturlandes gab. Und nun erst das gewaltige Rußland. Diese neue Macht noch kaum erschlossen, im eigenen Schoße zwar schon eigenes Leben gleicher Art heranzieht, aber so schwächlicher Natur, daß es widerstandslos dem stärkeren sich unterordnen wird. Dieses stärkere Leben ist das deutsche Eisen, und wir, die wir es beleben, Rußland muß unser werden, unentrinnbar. Was einem Napoleon vor 100 Jahren mit seinem Heer nicht gelang, die deutsche Eisenindustrie wird es erreichen." Rußland muß ihr untertan werden.

Neuringhs Gesicht nahm einen starren, unbeugsamen Zug an, als sich ihm so offen der Machtwahn eines Vertreters der länderbeherrschenden Industrie entrollte. Denn länderbeherrschend war sie, das lag jedem Einsichtigen klar vor Augen. Er dachte an Marokko, an die Gebrüder Mannesmann, in die Fahrt des deutschen Kaisers nach Tanger, den „Panthersprung" nach Agadir und all die Gefahren, die durch solches Machtstreben heraufbeschworen, die Welt erfüllten. Aber gerade diese Entwicklung schuf ja glücklicherweise auch die Ueberwinder der jetzigen Machthaber, die Arbeiterklasse, die in ihrer Einzelheit nur erfüllt von der großen Aufgabe, allen Menschen die gleichen Grundlagen für ein auskömmliches Dasein zu schaffen, unwiderstehlich sein würde.

Indessen klangen an seinem Ohr noch die weiteren Worte des anderen, der auf die Entwicklung Englands hinwies, die über das Meer ihren Weg fand und nicht möglich gewesen wäre ohne die englische Eisenindustrie. Er erinnerte an den deutschen Ingenieur Max Eyth, der im Dienste der englischen Firma Fowler mit dem Dampfpflug die englische Oberherrschaft über Aegypten begleitete. So müßten jetzt in Deutschland Hunderte und Tausende von Eyths die Herrschaft des deutschen Eisens über die Welt tragen. Der Weg führte allerdings weniger über das Meer, sondern über Rußland und den Orient.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408221-13/fragment/page=0002

Das neue Reichswahlgesetz.

Auf je 75000 Stimmen ein Abgeordneter. – Beschluß des Reichsrats.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag mit der Novelle zum Reichswahlgesetz. Die wesentlichsten Bestimmungen der Regierungsvorlage sind folgende: Die Abgeordnetenziffer wird fest auf 399 festgesetzt. Auf je 75 000 Stimmen (bisher 60 000) soll ein Abgeordneter entfallen. Auf alle Fälle wird sichergestellt, daß 399 Abgeordnete gewählt werden. Wird die Zahl nicht erreicht, so findet eine Ergänzung aus den Kreiswahlvorschlägen statt; wird die Ziffer 399 überschritten, so findet ein Abstrich von der Reichswahlliste statt. Die bisherigen Wahlkreisverbände sind beibehalten, werden aber in eine größere Zahl von Wahlkreisen zerlegt. Ein Kreis umfaßt im allgemeinen nur 880 000 Einwohner, und die Wahlvorschläge für diese kleinen Kreise enthalten nur einen oder höchstens zwei Bewerber, wodurch der Grundsatz der Persönlichkeitswahl im Gegensatz zur Listenwahl wieder zur Anerkennung kommt. Die Verbindungen von Kreiswahlvorschlägen einer Partei innerhalb eines Wahlkreisverbandes sind nach wie vor zulässig und werden nach der Vorlage noch erleichtert. Neben der automatisch eintretenden Verbindung von Wahlvorschlägen mit einem gleichen Kennwort der Partei sollen auch andere Verbindungen kraft besonderer Erklärung möglich sein. In gewissen Fällen sind auch zur Wahrung landsmannschaftlicher Gemeinschaft Verbindungen sogenannter „Ländergruppen" zugelassen. Hinsichtlich der Kostenfrage war keine Einigung mit der Reichsregierung zu erzielen. Während die Reichsregierung die bisherige Kostenerstattungspflicht, die den Ländern und Gemeinden zugute kam, beseitigen wollte, hat die Mehrheit der Ausschüsse an dem bisherigen Verfahren festgehalten, insbesondere auch aus dem Grunde, weil gewisse finanziell notleidende Gemeinden leicht bei Vorbereitung der Wahlen unangebrachte Sparsamkeit üben und nicht die genügende Sorgfalt anwenden würden, woraus sich unliebsame Störungen ergeben könnten.

Das Reichswahlgesetz wurde schließlich nach längeren Beratungen entsprechend den Ausschußbeschlüssen vom Reichsrat angenommen.

Gruß an die deutsche Arbeiterschaft.

Staatspräsident Calles an seine deutschen Brüder.

Der vor wenigen Tagen in Cuxhaven eingetroffene, neugewählte mexikanische Staatspräsident **Calles** hat an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund folgendes Telegramm gerichtet:

„Beim Betreten europäischen Bodens begrüße ich durch Ihre Vermittlung die deutschen Arbeiterverbände aufs Herzlichste und wünsche ich unseren Brüdern, den Arbeitern dieses Landes, Wohlergehen und Erfolg in ihren sozialen Arbeiten herzlichst.

General Plutarco Elias Calles."

Der ADGB. hat darauf folgende telegraphische Antwort gegeben:

„**Im Namen der freien Gewerkschaften Deutschlands danken wir herzlichst** für den den deutschen Arbeitern gewidmeten Gruß. **Wir erwidern ihn aufs wärmste, weil wir darin einen besonderen Ausdruck der internationalen Arbeitersolidarität erblicken. Wir würden uns freuen, Herr Präsident, wenn uns während Ihres Aufenthaltes in Berlin Gelegenheit gegeben würde, Sie persönlich begrüßen zu können.**

Vorstand des ADGB. Graßmann."

General Calles ist bekanntlich Sozialdemokrat. Um so mehr **gelten ihm unsere Wünsche** zu einem erfolgreichen Abschluß seiner **Untersuchungsreise.**

Die Teufelsinseln im Weißen Meer.

Aus Kreisen führender russischer Genossen wird dem „Vorwärts" geschrieben: Neue grauenhafte Nachrichten über die **Zustände in den russischen Kerkern** sind wieder zu uns gelangt. Auf den Solowezki-Inseln im Weißen Meer, wo in alten Klostergebäuden **mehr als 300 russische Sozialisten** interniert sind, nehmen die Greuel **kein Ende.** Dort, im Bezirk des nördlichen Polarkreises, abgeschnitten von der ganzen Welt, schmachten nun schon das zweite Jahr unter den fürchterlichsten Bedingungen Mitglieder der Sozialistischen Internationale, mit der die Kommunisten mit heuchlerischem Augenaufschlag die „Einheitsfront" herzustellen suchen. Die zu uns gelangten Meldungen von den Teufelsinseln im Weißen Meer besagen folgendes:

45 Prozent der Gefangenen sind an Tuberkulose und Skorbut erkrankt;

3 Gefangene sind wahnsinnig geworden;

6 Gefangene sind Ende vorigen Jahres erschossen worden!

Die Verhältnisse in den Kerkern im Weißen Meer haben sich nicht gebessert, obwohl die Moskauer Regierung genau darüber unterrichtet ist, in was für eine Hölle sie ohne Untersuchung und Gericht ihre politischen Gegner sendet. Unter den Gefangenen war das optimistische Gerücht verbreitet, daß das Konzentrationslager auf den Solowezki-Inseln aufgelöst und die Gefangenen nach anderen Orten gebracht werden würden. Aber diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. **Die Moskauer Regierung hat bereits beschlossen, das grauenhafte System auf den Teufelsinseln des Weißen Meeres auch einen zweiten Winter bestehen zu lassen.**

„Wir werden einen zweiten Winter nicht überleben!" Dieser Schrei ertönt aus den bolschewistischen Kerkern am Polarkreis. Und wir alle müssen dafür sorgen, daß das Vorhaben der Moskauer Regierung schleunigst hintertrieben wird, durch das das Leben aller Gefangenen bedroht wird. Nach zwei Monaten werden die Inseln im Weißen Meer wieder vom Festlande abgeschnitten sein und acht lange Wintermonate hindurch werden die Gefangenen den fürchterlichsten physischen und moralischen Qualen ausgeliefert sein.

Diese Perspektive schreckt indes die kommunistischen Kerkermeister nicht. Da die Kerker auf den Solowezki-Inseln überfüllt sind, haben sie jetzt ein neues Konzentrationslager auf den noch nördlicher liegenden Anserski-Inseln errichtet, und zwar in einem Kloster, das seit jeher den bezeichnenden Namen Golgatha trägt. Auch hier werden die gefangenen Sozialisten den Schrecknissen des Polarwinters, den Gewalttaten entmenschter Kerkermeister schutzlos ausgeliefert sein.

Deshalb erheben wir erneut unsere Stimme und erinnern die Oeffentlichkeit an jene schmachvollen Zustände, die in den kommunistischen Kerkern herrschen. Jeder, der sich noch einen Funken Gewissen und Ehre erhalten hat, muß unabhängig von seinen politischen Anschauungen gegen diese schändlichen Zustände protestieren. Nicht nur die Sozialisten, auch die kommunistischen Arbeiter sind verpflichtet, endlich ihre Stimme zu erheben und von **Moskau zu verlangen, daß die Kerker auf den Teufelsinseln des Weißen Meeres aufgelöst werden und daß jene Massenabschlachtungen politischer Gegner ein Ende nehmen,** die unter dem Deckmantel der Verbannung nach dem Polarkreis vor sich gehen.

Geßler und der Stahlhelm.

Reichswehrwaffen zur Verschönerung eines nationalistischen Rummels.

Stralsund, 22. August. (Eig. Drahtbericht.)

Anfang Juni hatte das hiesige Standortkommando der Reichswehr eine Anzahl Gewehre an den Stahlhelm verliehen, die bei einer Schlageter-Feier „zur Ausschmückung des Altars und des Rednerpultes" Verwendung fanden. In der richtigen Erkenntnis, daß Reichswehrwaffen nicht in die Hände des republikfeindlichen Stahlhelms und überhaupt privater Vereinigungen gehören, beschlagnahmte die Polizei die Gewehre. Unser Stralsunder Parteiblatt kritisierte die unverständliche Handlungsweise des Reichswehrkommandos scharf, aber sachlich. Die Folge davon war, daß der Kommandeur das Auslegen eines Freiexemplars in der **Soldatenkantine verbot. Auf eine Beschwerde beim Reichswehrministerium erhielt nun unser Parteiblatt ein Antwortschreiben,** das vom Reichswehrminister selbst unterzeichnet worden ist. Herr Dr. Geßler erklärt darin, daß er **keinen Anlaß sehe, die Maßnahmen des Standortältesten zu mißbilligen.** „Mit dem Verbot hat der Standortälteste im dienstlichen Interesse richtig gehandelt. Der Kommandeur hat das Verbot in dem Gefühl erlassen, daß es nicht angängig ist, daß in seinem Dienstbereich Zeitungen ausliegen, **die die Gefahr herbeiführen,** durch falsche Nachrichten seine Autorität zu untergraben."

*

Wird die Autorität des Reichswehrministers mehr untergraben, wenn nationalistische Vereinigungen mit Reichswehrwaffen sich maskieren oder wenn ein sozialdemokratisches Blatt auf die innerpolitische Gefahr solcher Waffenverleihungen hinweist?

Staatsanwalt und Stahlhelm.

Ein merkwürdiger Strafbefehl.

Kürzlich machte der pazifistische Pfarrer Zauleck aus Wetter a. d. Ruhr mit 12 Männern eine Ferienwanderung durch die Harzberge. Des Frühlings und des Gottes voll schnitten sie sich beim Einstieg in die Berge ein Stäblein ab, knüpften daran als Zeichen ihrer Friedenssehnsucht ein weißes Taschentuch und trabten fürbaß gen Lauterberg, allwo gerade zur Mittagsstunde der Stahlhelm aus einer Feldküche und zu Propagandazwecken Mittagessen an bedürftige alte Leute ausgab. Die Wanderer schauten sich die verhungerten Gesichter an, ein paar alte Mütterchen fragten, woher des Weges und wohin. Der Pfarrer sagte: Ei nun, wir kommen aus Frankreich, denn unsere Heimat ist von Franzosen besetzt. **Wenn wir die wieder los werden wollen, müssen unsere reichen Leute Steuern zahlen und der Stahlhelm und andere Organisationen müssen ihre Hetzereien einstellen, dann wird vielleicht auch einmal wieder Frieden bei uns werden.** Die Mütterchen nickten Beifall, aber da stürmt auch schon der gewaltige Führer des Stahlhelms herbei, faucht Tod und Verwünschung gegen die Ruhrleute, läßt den Gendarm holen, die Wanderer verhaften und zwei Stunden einem hochnotpeinlichen Verhör auf der Wache unterziehen. Dann machen die Wanderer ihren Weg weiter, erfahren aber bald, daß die Harzblätter Hetzartikel hinter ihnen dreinsenden, und als sie schließlich wieder daheim angelangt sind, bringt ihnen der Postbote einen — Strafbefehl ins Haus:

„Auf den Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, zu Bad Lauterberg im Harz am 26. Mai groben Unfug verübt zu haben, indem Sie die Straße unter Vorantragen einer weißen Fahne durchzogen, angaben, Franzosen zu sein, und versuchten, **die Bevölkerung gegen Stahlhelm und sonstige vaterländische Verbände aufzuhetzen . . . eine Geldstrafe von 20 Goldmark . . . festgesetzt.** Lauterberg am Harz. Das Amtsgericht. gez. Vogt, Amtsgerichtsrat."

Selbstverständlich haben die 13 Männer aus Wetter a. d. Ruhr gegen den Strafbefehl sofort Berufung eingelegt. Hübsch ist es aber doch, daß ein weißes Taschentüchlein und eine Bemerkung über den Stahlhelm zu einem Strafbefehl wegen „groben Unfugs" ausreichen. Warum erfolgt nicht gleich Strafanzeige wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen?

Deimlings Antwort an die „Nationalen".

Der von den monarchischen Offiziersverbänden in Acht und Bann erklärte General v. **Deimling** veröffentlicht in der republikanischen Presse folgende Antwort:

„Der Deutsche Offiziersbund, der Nationalverband deutscher Offiziere und der Reichsoffiziersbund haben mich durch gemeinsame öffentliche Erklärung in Acht und Bann getan, weil ich für die Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und den Völkerbund eintrete, trotzdem ich früher Kommandierender General war. Für einen solchen ziemt es sich in ihren Augen also, verbittert oder gleichgültig und „vornehm" beiseite zu stehen. Das ist zwar bequem, aber damit dient man seinem Vaterlande nicht. Nein, gerade weil ich General war, empfinde ich es als sittliche Pflicht, meinem Vaterlande, dem 50 Jahre meine Arbeit und mein Streben gegolten hat, auch weiterhin tatkräftig zu dienen, getreu meiner Ueberzeugung und solange ich noch die Kraft dazu habe. Und jene, die glauben, mich verurteilen zu sollen, werden mir die innere Freudigkeit hierzu niemals rauben können. Ich weiß auch, daß es genug Kameraden gibt, die innerlich ebenso denken wie ich, und daß alle einsichtsvollen Deutschen mir recht geben."

Berthold v. Deimling, General d. Inf. a. D.

Die Auslieferung des Erzberger-Mörders.

Budapest, 22. August. (Radiomeldung.)

Der deutsche Gesandte hatte gestern eine längere Unterredung mit dem ungarischen Außenminister, die ausschließlich der **Auslieferung des Erzbergermörders Tillessen** alias Förster galt. Inzwischen sind bereits zwei deutsche Kriminalbeamte nach Ungarn entsandt worden, die an dem Verfahren gegen den angeblichen Förster teilnehmen.

Das Begräbnis Matteottis hat Donnerstag vormittag unter großer Feierlichkeit stattgefunden unter Teilnahme der Mutter, der Schwester und der sonstigen Familienangehörigen des Toten, der Behörden und einer Abordnung der Kammer. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben sich dem Begräbnis ferngehalten. Die Haltung der Sozialdemokraten wird von der gesamten Presse ausführlich kommentiert. „Avanti" stimmt ihr zu.

Die revolutionäre Bewegung in Afghanistan hat eine sehr ernste Entwicklung genommen. In den Kreisen der indischen Regierung wird die Sicherheit der afghanischen Regierung als äußerst gefährdet betrachtet. Der Thronprätendent Abdul Kerim, der vor kurzem aus Indien wieder ins Land gekommen ist, hat eine Reihe wichtiger Städte schon auf seiner Seite. Aus Rußland sollen Geld und Waffen an die Revolutionäre geliefert worden sein.

Unruhen in China. Nach einer Meldung des amerikanischen Geschäftsträgers in Peking sind in der Provinz Yuennan von neuem Unruhen ausgebrochen. In der unmittelbaren Nähe von Kanton fanden Kämpfe statt. Die amerikanischen Konsuln der Provinz haben Anweisung erhalten, Untersuchungen darüber anzustellen, ob bei den Kämpfen Amerikaner getötet worden sind.

Gewerkschaftsbewegung.

Die neueste Parole der Unentwegten.

Einmal hin, einmal her . . .

Innerhalb unserer gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, soweit sie sich zur Amsterdamer Richtung bekennt, bestehen des öfteren Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die kommunistisch orientierten Gewerkschaftsmitglieder „einen eigenen Laden aufmachen werden". Diese **Meinungsverschiedenheiten sind zweifellos darin begründet,** daß die **Zentrale der KPD. fortgesetzt** — wie man es schon gewohnt ist — die widersprechendsten Parolen herausgibt. Parolen, die wohl nicht nur hervorgerufen werden durch innere Zerrissenheit der KPD., sondern von dem Wunsche **getragen sind, Verwirrung in die Reihen der Gewerkschaftskollegen hineinzutragen.**

Noch am 7. Juli, also vor kaum sechs Wochen, forderte der „Klassenkampf" am Schluß einer Schimpferei gegen das „Volksblatt" seine Anhänger in der KPD. und der Union auf, **mit verdoppeltem Eifer an die Arbeit zu gehen und dieser Gesellschaft** (nämlich reformistischen Verrätern) **zu zeigen,** daß sie es ernst **meinen mit dem Aufbau der Industrieorganisation.** Den Kommunisten wurde beigebracht, daß sie sich mit diesem **Zerstörungswerk „die wahren Klassenkampforganisationen schaffen". Um so mehr** muß man erstaunt sein, jetzt an der Spitze desselben „Klassenkampf" — in knüppeldicken Lettern die entgegengesetzte Aufforderung, **nämlich: Hinein in die Gewerkschaften! zu sehen.** Die Zentrale der **KPD.**, die kommunistische Jugendzentrale, der Reichsausschuß der „revolutionären" Gewerkschaften Deutschlands, die beiden Unionen, sowie endlich diverse „Ausgeschlossenen"-Verbände fordern in diesem schwülstigen, von Verleumdungen gegen die Zentralgewerkschaften und die Bonzen nur so strotzenden Aufruf die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, wieder in die freien Gewerkschaften einzutreten. Es klingt wie blutiger Hohn, wenn die Losung: **„Für die Einheit! Gegen jede Spaltung! Gegen die Bildung von Sonderorganisationen! Für die geschlossene Wiedervereinigung aller selbständigen Verbände mit den freien Gewerkschaften!"** ausgerechnet von den Kommunisten ausgegeben wird. Erst zerstörte man die Geschlossenheit der Organisationen, um nachher die Notwendigkeit der Einheit der Organisationen zu predigen.

Wenn gerade jetzt die **KPD. den Befehl ausgibt, daß alles, was** durch ihre Schuld die Gewerkschaften verlassen hat, wieder in die Gewerkschaften hineinzugehen hat, so zweifellos aus dem Grunde, weil eine Schwächung der kommunistischen Position innerhalb der Gewerkschaften eingetreten ist. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Schwächung auf die Politik der KPD. oder auf die geringe Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen ist. Vielleicht ist beides richtig. Trotz des Befehls, daß die scheugewordenen KPD.-Leute den Gewerkschaften wieder beizutreten haben, sind sie wohl von ihrer Absicht, die eigene Gewerkschaftsbewegung zu fördern, nicht abgekommen; denn erstens besteht noch die rote Gewerkschaftsinternationale und zweitens soll der gewünschte Zustrom auch nur wiederum der „Eroberung" der deutschen Gewerkschaften für die rote Gewerkschaftsinternationale dienen. Weiter kommt in Frage, daß außerdem der „Befehl" ergangen ist, daß die aus den freien Gewerkschaften ausgeschlossenen Angehörigen der KPD. sich den sogenannten „Ausgeschlossenen-Verbänden" anzuschließen haben. Aus dem letzten ist ganz deutlich ersichtlich, worum es geht.

Aber nicht das bisher Gesagte ist das, worauf es ankommt, sondern es kommt darauf an, einmal das Tun und Treiben der „Ausgeschlossenen-Verbände", der „Allgemeinen Industrie-Verbände" und der „Union der Hand- und Kopfarbeiter", oder wie sie sich sonst nennen mögen, unter die Lupe zu nehmen und festzustellen, ob diese Verbände nun wirklich den so oft beschimpften „Bureaukratismus" aus der Welt geschafft haben. Diese Frage muß glatt verneint werden. Nicht allein, daß diese Verbände auch Satzungen haben, kann man außerdem feststellen, daß in diesen Satzungen all das vorhanden ist, was sonst bekämpft wurde. Gerade diese Seite, die immer davon sprach, die Gewerkschaften seien Unterstützungsvereine, hat diese Unterstützungseinrichtungen im ausreichendsten Maße, wie es durch den „Freien Eisenbahner-Verband" und andere schon genannte Organisationen bewiesen wird, eingeführt. Genau so sieht es natürlich aus mit den in aller Oeffentlichkeit so oft bekämpften Paragraphen der Statuten der freien Gewerkschaften, die den Ausschluß vorsehen. Auch von kommunistischer Seite erfolgt der Ausschluß, „wenn ein Mitglied sich Handlungen gegen die Interessen der Organisation zuschulden kommen läßt". Während man früher behauptete, daß es äußerst ungerecht sei, daß in der Zeit des Ausschlußverfahrens die Rechte und Pflichten des Angeschuldigten ruhen, so hat man doch — vorsichtigerweise — eine gleiche Bestimmung aufgenommen. Bezüglich der Einleitung von Lohnbewegungen will man, wenn solche vorkommen sollten, genau so vorsichtig sein, wie die so oft beschimpften Reformisten. Auch in diesen Organisationen darf Arbeitseinstellung erst erfolgen, wenn zwei Drittel der in Frage kommenden Belegschaften dafür zu haben und zu drei Viertel organisiert sind. Die so oft in den Versammlungen der freien Gewerkschaften durch die „Opposition" vorgenommenen Störungen will man natürlich in den eigenen Versammlungen nicht haben, weshalb schon das Statut festsetzt, daß die Vertrauensleute die Kontrolle übernehmen müssen und für Ordnung zu sorgen haben. Also — Saalschutz!

Trotzdem sogenannte Einigungsbestrebungen ab und zu von der roten Gewerkschaftsinternationale in aller Oeffentlichkeit vertreten werden, will die Zentrale der KPD. nichts unversucht lassen, um **die Gewerkschaftsbewegung unter die Botmäßigkeit ihrer Parteibefehle zu bekommen.** Um dieses Vorgehen zu verschleiern, stellt man die Behauptung auf, daß die jetzige Gewerkschaftsbewegung unter dem Diktum der SPD. stehe. Dabei weiß man an leitender Stelle der „Opposition" ganz genau, daß es etwas anderes ist, ob man den Beschlüssen einer politischen Partei zu folgen hat oder ob man in grundsätzlichen und in taktischen Fragen die Arbeiterinteressen gemeinsam vertritt. Das ergibt sich daraus, daß die größte Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ebenfalls sozialdemokratisch organisiert oder orientiert sind. Weiter: Trotzdem sich die „Reformisten" immer darum bemüht haben, bei Wahlen (z. B. zu den Betriebsräten, Krankenkassen und ähnlichen) eine gewerkschaftliche Liste im Interesse der Arbeiter zustande zu bringen, weil auch nur hier die Einheitlichkeit den Nutzen bringen kann; so sind doch **von kommunistischer Seite immer rein parteipolitische Listen aufgestellt** worden, Listen, die niemals der Gesamtheit dienen konnten, sondern immer nur die Zwecke der genannten politischen Partei fördern sollten.

Diese Zeilen sind geschrieben, um die Arbeiterschaft darauf einzustellen, daß die Zwistigkeit in ihren eigenen Reihen eingedämmt werden muß und daß vor allen Dingen **die Gewerkschaften und ihre Veranstaltungen nicht mehr zu einem Agitationsgebiet der Kommunisten ausgenutzt werden dürfen.** Was hier von den Gewerkschaften und ihren Veranstaltungen gesagt wird, gilt auch für die **Betriebe.** Besonders in den Betrieben muß dafür gesorgt werden, daß eine einheitliche Richtung hergestellt wird. Und deswegen ist es notwendig, alle sich zur Amsterdamer Richtung bekennenden Gewerkschaftsgenossen eng zusammenzufassen. Vor allen Dingen aber ist es notwendig, die Arbeiterbewegung dadurch zu fördern, daß man der Arbeiterpresse weiteste Verbreitung verschafft. Durch unermüdliche Kleinarbeit und Aufklärung muß erreicht werden, daß die Arbeiter die bürgerliche Presse aus ihrem Hause herausbringen und sich aus sozialdemokratischen Zeitungen orientieren. Was hier von der bürgerlichen Presse gesagt wird, gilt natürlich ganz besonders auch für die kommunistischen Zeitungen, die ihre Aufgabe darin sehen, die Gewerkschaften und ihre Führer, soweit sie sozialdemokratisch organisiert sind, auf das Gemeinste zu beschimpfen. Hier heißt es, **reinen Tisch gemacht!**

Halsstarrigkeit der Zechenherren.

Ergebnislose Verhandlungen im rheinisch-westfälischen Bergbau.

Essen, 22. August. (Eig. Drahtbericht.)

Am Donnerstag fanden hier Verhandlungen zwischen Vertretern der Bergarbeitergewerkschaft und des Zechenverbandes über die Frage der südlichen Randzechen statt. Von Arbeitgeberseite wurde ein neuer Vorschlag vorgelegt, der gegenüber den bisherigen Forderungen insofern eine wesentliche Erweiterung bedeutet, als die Zahl der Zechen, die unter die südliche Randzechenklausel fallen sollen, von 40 auf 50 erweitert wird und der für einen Teil dieser Zechen vorzusehende Prozentsatz, um den in der Lohnordnung festgesetzte Löhne unterschritten werden können, von 10 auf $12\frac{1}{2}$ Prozent erhöht wird.

In den Verhandlungen der Parteien konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Es wurde ein Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Schlichters für Rheinland-Westfalen gebildet. Auch die Schlichtungsverhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Von Arbeitnehmerseite wurde ein Angebot gemacht. Dazu wurde von Arbeitgeberseite erklärt, daß auf der Grundlage dieses Angebotes eine Verständigung nicht möglich sei. Die Arbeitnehmer stellten dann einen Vertagungsantrag, um nochmals mit den Mandatgebern Fühlung zu nehmen. Die neuen Verhandlungen wurden auf den 2. September festgesetzt.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Gewerkschaftliches: Gottl. Kasperek; Lokales und Provinzielles: Alfred Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408221-13/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der SPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung: die aller anderen Vereine zum jeweiligen Milimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben. ::

Halle

Freier Sängerchor Halle. Freitag, 22. August, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Stadt Dresden“: Generalprobe für unser Abend-Konzert am 26. August gemeinsam mit dem Buchdrucker-Gesangverein „Gutenberg“. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Sänger beider Chöre pünktlich anwesend sind, um unserer Aufgabe zu genügen. Die Vorstände.

Frauenausschuß. Montag, den 25. August, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“: Sitzung. Pünktliches Erscheinen erforderlich.

Aus dem Bezirk.

Könnern. Sonnabend, den 23. August, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“: Mitgliederversammlung der SPD. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl. 2. Wahl eines Delegierten zum Unterbezirkstag. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erforderlich.

Ermlitz. Sonnabend, den 23. August, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Volksversammlung. Landesrat Gen. Undeutsch spricht über „Das Londoner Abkommen“. Reger Besuch wird erwartet.

Niederreichstedt. Sonnabend, den 23. August, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Volksversammlung. Reichstagsabg. Genosse Richard Krüger spricht über „Das Londoner Abkommen“. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Brachstedt. Sonnabend, den 23. August, abends 7½ Uhr, im Gasthof des Herrn Koch: Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Flücht (Halle) über „Das Sachverständigengutachten und die Londoner Konferenz“. Alle Genossen müssen zu dieser Versammlung erscheinen. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Gerbstedt. Sonntag, den 24. August, nachmittags 4 Uhr, in Hesse's Restauration: Versammlung. Erscheinen sämtlicher Genossen ist Pflicht.

Sangerhausen. **Frauengruppe.** Mittwoch, den 27. August, abends 8 Uhr, im „Ratskeller“: Vortrag des Genossen Brüll über „Wohin gehört die Frau“. Genossen, weist Eure Frauen und Töchter auf diesen Abend hin. Frauen als Gäste willkommen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle a. S. Sonnabend, den 23. August, abends 8 Uhr, Viktoriaplatz: Ausflug (Bundeskleidung). Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

— **Bezirk Osten.** Freitag, den 22. August, abends 8 Uhr, im „Sport-Restaurant“ (Goethestr.): Bezirksversammlung.

— **Jugendgruppe.** Freitag 6½ Uhr Sprechstunde im „Gewerkschaftshaus“. Zahlungen der Anzugsgelder sowie der Gelder zur Fahrt nach Mücheln am 31. August können dort vorgenommen werden. Ebenso können Abzeichen und Beitragsmarken dort gekauft werden.

Ortsgruppe Frankleben. Freitag, den 22. August, abends 8 Uhr im Gasthaus Siebeck: Mitgliederversammlung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt notwendig. Interessenten willkommen.

Ortsgruppe Eisleben. Freitag, den 22. August, abends 8 Uhr in der „Terrasse“: Mitgliederversammlung.

Ortsgruppe Hohenthurm. Sonnabend, den 23. August, abends 7 Uhr, in Gehres Gasthof: Oeffentliche Werbeversammlung. Ansprache des Kameraden Deininger (Halle), Mitglied des Gauvorstandes. Alle Freunde des Reichsbanners und Republikaner sind freundlichst eingeladen.

Ortsgruppe Delitzsch. Sonnabend, den 23. August, abends 8 Uhr im „Ring“: Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht, daß alle Kameraden erscheinen, da wichtige Tagesordnung vorliegt. Neuangemeldete Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.

Ortsgruppe Groß-Kayna. Sonnabend, den 23. Aug., abends 8 Uhr, bei Nikel in Klein-Kayna: Wichtige Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Kameraden unbedingt Pflicht. Auch die Jugendlichen sind hiermit eingeladen zwecks Gründung einer Jugendgruppe.

Ortsgruppe Gerbstedt. Sonntag, den 24. August, nachmittags 4 Uhr, im Lokal Hesse: Pflichtversammlung. Der Wichtigkeit halber muß alles erscheinen. Neue Mitglieder herzlich willkommen.

Kreis Merseburg-Querfurt Sonntag, den 24. August, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Goldene Kugel“ in Merseburg, Obere Breitestraße: Kreiskonferenz. Unbedingte Vertretung der Ortsgruppenleitungen erforderlich. Tagesordnung siehe Rundschreiben.

Ortsgruppe Helbra. Sonntag, den 24. August, abends 7 Uhr, im Vereinslokal: Monatsversammlung. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kameraden Pflicht. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Ortsgruppe Dürrenberg-Keuschberg. Mittwoch, den 27. August, abends 7½ Uhr, im Restaurant „Zum Gradierwerk“: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über Zweck und Ziel des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Gruppenangelegenheiten. Referent ist anwesend. Republikaner können eingeführt werden.

Gute Schokolade

ist ein vorzügliches Nährmittel

Für Händler, Kaufleute und **Marktleute** ist die billigste Bezugsquelle der direkte Bezug beim Fabrik-Vertreter.

Pichler-Pralinen - Gefüllte Schokoladen

Vertreter:

Max Scharfstädt

Sangerhausen, Neuhäuserstraße 13-15

(Die als vorzügl. bekannten **Burkbraun-Fabrikate** sind gleichfalls am Lager).

Ein Waggon weißes Porzellan

gutes Fabrikat mit kleinen Fehlern

außergewöhnlich billige Preise

Teller 23 cm 25 **18**, 19 cm 16 **12**, 15 cm **9** ₰
Tassen mit Untertass. groß 15 **13**, mittel 12 **9** ₰
Obertassen .... 10 **8** ₰
Kaffeekannen groß 1,35 **1,15**, mittel 1,20 **80**, klein 90 **60** ₰
Kuchenteller .... 45 **35** ₰
Zuckerdosen mit Deckel . **15** ₰
Zuckerschalen ..... **3** ₰
Milchkannen groß 35 **25**, mittel 20 **10**, klein 5 **3** ₰
Kaffeebecher .... 12 **8** ₰
Milchbecher .... 12 **8** ₰
Eierbecher .... **4** ₰
Bratenplatten oval, 41/45cm 1,75 **1,25**
Bratenplatten rund, groß 1,25 **85** ₰
Terrinen **1,20**
Saucieren ..... 80 **55** ₰
Tortenplatten ..... **45** ₰
Butterglocken mit Deckel **55** ₰

Kaffee-Service für 6 Personen **2,20** — Mengenabgabe vorbehalten! — Kaffee-Service für 2 Personen **1,40**

Burghardt & Becher, Leipziger Str. 10
parterre, I. und II. Etage

Größtes Geschäftshaus Deutschlands für Haus- und Küchengeräte
Glas-, Porzellan-, Steingut-, Nickel- und Luxuswaren, Aluminium- und Lederwaren, Spielwaren 9511

Herren- und Damen-Garderobe Manufakturwaren Kleiderstoffe Wäsche usw. 2061
gegen bequeme **Teilzahlung**
Carl Rasemann
Alte Promenade 35 I an der Hauptpost.

Jg. Jagdhund zugelaufen 9515 mit Zugagürtel. Nr. 1226. Abzuholen Seebener Str. 172.

Lebensmittel
in besten Qualitäten, reich. Auswahl u. preiswert bei 9060
Ed. Sorg
Kolonialwaren
Hermannstraße 7.

Auf **Kredit** erhält jedermann
Damen-Garderobe
Herren-Garderobe
Einzel-Möbel
Kompl. Küchen u. Schlafzimmer
Hermann Liebau
Halle a. d. S.
Merseburger Straße 22
9505

Bringen Sie Ihr Kind
an die frische Luft in einem schönen
Kinder- oder Klappwagen
Zur Anschaffung solcher, ebenso von Stubenwagen, Kinderbetten, Kinderstühle, Schutzgitter, biete ich Ihnen die günstigsten Möglichkeiten durch billigste Preise, größte Auswahl und eventl. Zahlungserleichterung.
Führendes Spezialhaus
Bruno Paris, jetzt **Brüderstr. 3**
9509 1 Minute vom Markt

Derbe Gummi-Hosenträger m. Leder, Paar 95 ₰
Gute Gummisockenhalter .... Paar 35 ₰
Einsatz-Hemden in guter Qualität, Stück 3,50
Winterhemden mit Doppelbrust, Stück 3,00
Derbe Socken, Paar 80 Pfennig.
Damenstrümpfe billigst.
Rips- und Perkal-Kragen Stück **42** Pf.
Dauerwäsche-Vertrieb
9516 Kleiner Berlin 2. Geiststraße 17.

Familie mit 1½ jähr. Kinde sucht
1 bis 2 leere oder möbl. Zimmer
evtl. mit Küchenbenutzung oder Kochgelegenheit für sofort. Angebote
9510 **Pichler,** Bismarkstr. 28.

Viehhalter
in Ammendorf und Umgegend
haben nunmehr günstige Gelegenheit unsere anerkannt vorzüglichen und beliebten
Futtermittel
aller Art 9517
für Groß- u. Kleinvieh
in der von uns neu errichteten
3. Verkaufsstelle
Talstraße 24
zu kaufen. Wir liefern nur beste Qualitäten zu billigsten Tagespreisen in jeder Menge (pfund-, zentner- und waggonweise).
Eigene Schrot- u. Quetschanlage.
Größere Mengen auf Wunsch frei Haus.
Elverge Futtermittel-Aktiengesellschaft **Halle**
Fernsprecher 6356
Gr. Märkerstr. 5 Triftstr. 16
Ammendorf: Talstr. 24.

Neustadt-Theater
EISLEBEN
Unsere „Film-Kanone“
Der Großfilm der Universal-Pictures, New-York
Priscilla
Die Regimentstochter unter zwei Flaggen
8 gewaltige Akte. — Die Stadt am Rande der Wüste, um deren Besitz die Angehörigen zweier Rassen ringen / Heftige Kämpfe umbranden die einsam gelegene Stadt — Araber gegen Kolonialtruppen / Auf Vorpostenstellung in der Wüste / Ein Ritt ums Leben.
Ein Werk reich an Spannung. Fabelhafte Aufnahmen.
II.
Der große Abenteuer-Film
Zigeuner
5. Akte. — Aufreg. Abenteuer-Film.
Ferner:
Eine tolle Groteske.
1509

Frauenwelt
Eine Halbmonatsschrift
Jetzt mit sämtlichen Schnitten auf einem Bogen
im Heft 10 Pfennig mehr.
Ohne Schnitte 30 Pfg.
Zu beziehen durch:
„Volksblatt“-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstraße 27.

Hutleder
Nappa in all. Farben zu haben bei
W. Sobbe
Lederhandlung
Alter Markt 17

Alte Nähmaschinen und Fahrräder
kauft. 9513
Offerten unter B. H. 34 an die Exped. d. Bl.

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!

Nähmaschin.
auf Wunsch 5161 Teilzahlung
Karl Möller,
Schmeerstr. 1.

Frische 9514
Einschlageier
Stück 7 Pfg.
Eiergeschäft M. Landau
7 Talamtstraße 7

Ich litt seit 8 Jahren an zeitlichem Ausschlag mit furchtbarem
Hautjucken
Durch ein halbes Stück Zucker's Patent-Medizinal-Seife habe ich das Übel völlig beseitigt. H. S., Poliz.-Serg.“ Dazu Zuckooh-Creme (nichtfettend u. fetthaltig). Quall. Apothek., Drogerien u. Parfümerien.

Leidende Frauen!
Vorsicht bei Anwendung von Mitteln gegen
Störungen 1418
der monatlich. Regel: Viele dankb. Frauen bezeugen die oft überraschende Wirkung meiner bekannten
Spezialmittel.
Frau L. in M. schreibt: Heißen Dank. In einer Stunde ist mein Wunsch in Erfüllung gegang. Hoffentl., wird es regelmäßig so wirken. — Völl. unschädl., keine Abortivwirkung, keine Berufsstörung.
Frau E. Karsten
Krankenbehdl.
Hamburg 3.
H. T.
Michaelisstraße 64 I.

Kleine Inserate finden hier weiteste Verbreitung!

Alle Arten Schulbücher
empfiehlt
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27

Massen-Verkauf
von 1510
Arbeits-Hosen
schwere kräftige Qualität, solange Vorrat jetzt **4,95**
Blaue Jacken
u. **Hosen**, prima Qualität, solange Vorrat jetzt **3,95**
Barchenthemden
aus schwerem Barchent, eigene Anfertigung jetzt **2,95**
Kaufhaus Rosenthal
nur Eisleben nur
Lutherstr. 14

Werbt neue Leser!

Nähmaschinen, Fahrräder 9512 **u. Grammophone**
werden schnell und billig repariert.
P. Möhring, Mechan.,
Zietenstraße 37.

Damentaschen
n. bestes Material u. Verarbeitung sehr preiswert bei
Friedrich Pietsch
Sattlermeister
Steinweg 32

Wir drucken

gut! schnell! preiswert!
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei
Halle a. S. e. G. m. b. H. Harz 42-44

Wollen Sie gut und vorteilhaft kaufen in nur anerkannt guter Qualitätsware, so decken Sie ihren Bedarf in **Strickwolle** in allen Qualitäten und Farben, **reinwollenen Strümpfen** für Kinder, Damen und Herren in allen Größen und Farben, **Stricksachen,** besonders **Sportwesten** in reichhaltiger Auswahl, **Kinder-, Damen-** und **Herren-Wäsche** in allen Ausführungen bei

MAX SCHÄCHTER Eisleben Marktberg 3-4

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408221-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. August.

Parteinachrichten.

Unterbezirk I Halle-Saalkreis.

Am Sonntag, dem 24. August, vormittags 10.30 Uhr, findet im „Volkspark" unsere

Unterbezirkskonferenz

statt. Zu dieser Konferenz müssen sämtliche Ortsvereine einen Delegierten entsenden.

Parteigenossen können als Gäste teilnehmen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

Städtewachstum in der Nachkriegszeit.

Das Wachstum der Städte geschah stets auf zweifache Art: durch Geburtenüberschuß und Wanderungsgewinn. Für die Großstädte hat sich das Wachsen in der Nachkriegszeit insofern geändert, als für sie der Geburtenüberschuß wenig oder gar nicht in Betracht kommt. Die Großstadt wächst noch durch Wanderungsgewinn, das heißt sie wird dann noch wachsen, wenn die Zuwanderung die Abwanderung stark übertrifft. Doch auch hier wirkt die Wohnungsnot hemmend, und so kommt es, daß in der Bevölkerungsbewegung der Großstädte ein Stillstand eingetreten ist und das ernsthafte Bevölkerungspolitiker bereits mit einer rückläufigen Bewegung, mit einer Verminderung der Einwohnerzahl in den Großstädten rechnen.

Einstweilen tritt diese rückläufige Bewegung noch nicht sehr in die Erscheinung, aber sie ist in vielen Städten ohne Zweifel bereits vorhanden. Dabei können wir die Städte des Industriegebietes nicht mitrechnen, weil bei der Herabminderung ihrer Bevölkerungsziffern bekanntlich andere Momente mitgewirkt haben. Von diesen Städten hat Bochum 4.71 Prozent, Gelsenkirchen 3,85 Prozent, Dortmund 3,18 Prozent, Oberhausen 3,06 Prozent, Mülheim (Ruhr) 2,94 Prozent, Essen 2,83 Prozent, Wiesbaden 2,58 Prozent und Düsseldorf 3,38 Prozent verloren. Von den Großstädten, die diese durch die Besatzung vertriebene Bevölkerung aufnahmen, kommen vor allem Kassel und Frankfurt in Betracht, Städte, die deshalb auch um 0,68 Prozent und 1,53 Prozent zugenommen haben.

Daß die Städte durch die Geburtenziffern auf einen gewissen Stillstand angelangt sind oder abnehmen, wird uns verständlich, wenn wir die Geburten mit den Eheschließungen vergleichen. Während nämlich die Heiratsziffer in der Nachkriegszeit wesentlich höher ist als vor dem Kriege, ist die Geburtenziffer bedeutend geringer trotz der größeren Zahl der Eheschließungen.

Daß diese Entwicklung, wenn sie anhält, eine Gefahr für unsere Volkskraft bedeutet, ist begreiflich. Darum bedeutet das Wohnungselend, aus dem sich diese Verhältnisse ergeben, auch bevölkerungspolitisch ein Problem, das mit aller Energie gelöst werden muß. Die Kinderzahl, wie sie der Militarismus verlangte, brauchen wir nicht, aber eine gesunde Bevölkerungszahl ist nötig, wenn unser Volk nicht verfallen soll. Und es ist ein Zeichen des Verfalls, wenn ungezählte Ehen kinderlos sind, weil die Wohnungsverhältnisse einen Nachwuchs einfach unmöglich machen.

Wenn die Behausungsziffer in Breslau 40, in Charlottenburg 60 und in Berlin 77 war (77 Menschen in einem Hause!), dann ist es begreiflich, daß da, wenn noch die Schwiegertöchter und Schwiegersöhne hinzukommen, an Familienzuwachs nicht zu denken ist. Denn die genannten Zahlen bedeuten den Durchschnitt. In Arbeitervierteln ist die Behausungsziffer viel größer. In manchen Vierteln Berlins beträgt sie gar 120! 120 Proletarier in einem Hause! Und wenn die Verhältnisse in den kleineren Städten auch nicht so sehr in die Augen fallen, so zeigen uns diese Tatsachen doch zur Genüge, daß die gesundheitliche Entwicklung unseres Volkes mit der Lösung der Wohnungsfrage steht und fällt.

Eine Kunstausstellung für Arbeiter.

Wie schon angedeutet werden konnte, stellt der Bildungsausschuß in Verbindung mit dem Bezirksausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa vom nächsten Sonntag an die Kunstausstellung zur Schau, die während der Arbeiter-Kulturwoche in Leipzig zu sehen war und dort allgemeine Anerkennung fand. Es handelt sich nicht um eine Bildersammlung, die den Beschauer infolge ihres großen Umfanges schließlich ermüdet und mehr niederdrückt als erhebt. Es sind vielmehr außer einem größeren Oelgemälde nur knapp zweihundert Holzschnitte, Tuschzeichnungen, Lithographien, Aquarelle, Kohlezeichnungen und Radierungen, die ausgestellt werden. Nicht in der Menge, sondern in ihrer Eigenart liegt die Bedeutung der Ausstellung. Das Leben der Arbeit und der Arbeiter, der Männer und Frauen, wird ohne Schminke, aber auch ohne Uebertreibungen gezeigt, wie es wirklich ist in unbarmherziger Nacktheit. So sehen wir von Franz Masereel den „Parvenü", „Die Toten reden", „Aus dem Leidensweg", „Bankbeamte"; von Ernst Borlach: „Empörung", „Elend", „Licht im Leid"; von Käthe Kollwitz: „Krieg", „Weberaufstand", „Kriegerfrau"; von Hans Baluschek: „Vagabunden", „Bettelweib", „Kunde und Tippelschickse", „Gang zur Arbeit"; von Bernhard Kretzschmar: „Mittagspause", „Hafendirne", „Blind". Noch viele andere moderne Künstler sind durch hervorragende Zeichnungen vertreten.

Die Ausstellung ist in der alten Garnisonkirche am Domplatz untergebracht. Sie ist vom 24. August, also vom nächsten Sonntag an, 14 Tage lang geöffnet, täglich von 3 bis 7 Uhr, Sonntags von 10 bis 7 Uhr. Das Eintrittsgeld beträgt 25 Pf., wofür auch ein Katalog mit dem Namen sämtlicher ausgestellten Werke und wertvollen Aufsätze verabreicht wird. Erwerbslose haben gegen Vorweisung einer Bescheinigung ihrer Gewerkschaft, daß sie arbeitslos sind, freien Eintritt. Das Eintrittsgeld ist so niedrig bemessen, daß nur die Unkosten gedeckt werden. Kein Arbeiter, der Sinn für Kunst besitzt, wird sich die Gelegenheit entgehen lassen, die einzigartige Ausstellung zu besichtigen.

Falsche Rentenbankscheine.

Seit der Einziehung der meisten Notgeldscheine hat sich ein deutlicher Rückgang der Fälschungen von Papiergeld gezeigt. Die neuen von der Reichsbank ausgegebenen Notentypen machen ebenso wie die Rentenbanknoten wegen ihrer sorgfältigen Druckausführung den Fälschern offenbar erhebliche Schwierigkeiten. Bei den Rentenbanknoten wird sich den Falschmünzern eine Nachahmung im Großen auch deshalb nicht verlohnen, weil sie darauf rechnen müssen, daß die Rentenbankscheine eingezogen werden, sobald die Goldnotenbank kommt. Immerhin sind auch von den Rentenbanknoten in verschiedenen Gegenden des Reiches Fälschungen der Scheine zu 1, 5, 10 und vereinzelt auch zu 50 Mark aufgetaucht. Diese Fälschungen echter Scheine sind jedoch, abgesehen von der meist mangelhaften Wiedergabe des Unterdruckmusters der echten Scheine, bei einiger Aufmerksamkeit schon daran zu erkennen, daß entweder das Kreuz-Ring-Wasserzeichen der echten Scheine gar nicht oder nur durch Deckfarbe oder Fettdruck unvollkommen nachgeahmt aufweisen, oder ein anderes Wasserzeichenmuster tragen als die echten Scheine. Hält man die echten Scheine gegen das Licht, so ist das Wasserzeichen (Kreuz-Ring) klar und gleichmäßig gut auf dem ganzen Schein sichtbar. Die bei den echten Rentenbankscheinen von 2 bis 1000 Renten-Mark in das Papier eingebetteten Pflanzenfasern sind bei den Falschscheinen gewöhnlich durch Striche mit Tinte oder Farbe oder durch aufgeklebte Fasern vorgetäuscht, die bei Berührung mit einer Nadel von der Klebmasse glasartig abspringen, während die echten Fasern im Papierstoff haften. Hin und wieder haben die Fälscher auch aufgestreute Fasern mit Seidenpapier, das sich ablösen läßt, überklebt.

Wie die Reichsbank so zahlt auch die Deutsche Rentenbank an Personen, welche durch Hinweise und Fingerzeige die Polizei auf die Spur einer Falschmünzerwerkstatt bringen, Belohnungen im Betrage bis zu 1000 Goldmark im Einzelfall. Jede Polizeistation nimmt solche Mitteilungen, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, entgegen.

Landaufenthalt für Stadtkinder.

Der Landeshauptmann der Provinz Sachsen hat in seiner Eigenschaft als Leiter des Landesfürsorgeverbandes auch die „Provinzialstelle Landaufenthalt für Stadtkinder" übernommen. Die Stelle, die der Geschäftsstelle des Landesfürsorgeverbandes in Magdeburg (Oberpräsidium) angegliedert ist, übernimmt die Durchführung von Kinderheilkuren in größerem Maße.

Vorgesehen sind Beihilfen von 1,50 Mk. je Tag zur Durchführung von sechswöchigen Heilkuren für solche Kinder, für die zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit besondere Heilfaktoren (spezifische Heilbehandlung, Bäder, Höhenluft, Seeluft und dergleichen) erforderlich sind. Soweit der tatsächliche Pflegesatz den Betrag von 1,50 Mk. übersteigt, ist die Differenz durch die Entsendestellen (Bezirksfürsorgeverbände) zu zahlen, die ihrerseits die Eltern je nach Vermögenslage in Anspruch nehmen können.

Die Auswahl der Kinder und der zu belegenden Heime erfolgt im Benehmen mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege. Eingewiesen werden die Kinder durch die „Provinzialstelle Landaufenthalt für Stadtkinder", die mit geeigneten Heimen Verträge bereits abgeschlossen hat oder wegen einer Winterbelegung noch in Verhandlung steht, da auch die erfahrungsgemäß besonders günstigen Erfolge der Winterkuren ausgewertet werden sollen.

* **Eine Sitzung des Ortsausschusses des ADGB.** findet heute abend im Kartellzimmer des „Volksparks" statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird erwartet, daß alle Delegierten anwesend sind. Die zugestellte Einladung und das Verbandsbuch dienen als Legitimation und müssen daher mitgebracht werden.

* **Ausflug der Jugendabteilung des DMV. Halle.** Die Jugendabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes veranstaltet am kommenden Sonntag einen Ausflug nach Bad Neu-Ragoczy. Abmarsch vormittags 8 Uhr vom Hettstedter Bahnhof. Für Musik und sonstige Unterhaltung ist gesorgt. Die Ausgaben werden sich auf 50 Pf. belaufen. Jugendkommission und Ortsverwaltung erwarten, daß alle jugendlichen Kollegen und Lehrlinge der Metallindustrie sich an dieser Veranstaltung beteiligen.

* **Der Mars,** der morgen die größte Erdnähe in diesem Jahrhundert erreicht, ist an klaren Abenden gegen ½11 Uhr am östlichen Himmel sichtbar. Für alle Freunde der Astronomie wird die Beobachtung dieses Planeten, über dessen Beschaffenheit schon soviel geredet und geschrieben wurde, von großem Interesse sein.

* **Der „Revolverklub" im Familienblatt.** Das Familienblatt „Daheim" spricht in einer seiner letzten Nummern sachgemäß über Lebenserfahrungen in der Kinderstube, über den Sternhimmel in der Sommerfrische, über Raupenplage und Nisthöhlen, versteigt sich aber dann plötzlich in die hohe Politik. Es bringt nämlich ein Bild der Londoner Konferenzteilnehmer, das es ganz unsinnig „Die Kommission zur Aussaugung Deutschlands" betitelt, und schreibt dazu: „Es ist ein besserer Revolverklub, der nur darauf lauert, wie er mittels erpresserischem Zwang uns unter einem Schein des Rechts um unsere letzten wirtschaftlichen Hilfsquellen betrügen kann." Ob das Familienblatt nicht besser täte, „daheim" zu bleiben und sich weiter mit der Raupenplage und dem Sternhimmel sachkundig zu beschäftigen.

So fragt das „Berliner Tageblatt", dem wir diese Notiz entnehmen, und wir können ihm nur beipflichten. Die Hausfrauen sehen aber auch hier wieder, wie die bürgerlichen Frauenzeitungen, die auch von Arbeiterfrauen vielfach noch durch Abonnements unterstützt werden, die Politik reaktionärer Parteien unterstützen.

* **Der Ruf nach mehr Hartgeld wird um so lauter, als die papiernen Fetzchen,** die man Zehnpfenniger nennt, immer öfter in Stücke gehen und den Geschäftsleuten durch das Zusammenpappen der Teile und Teilchen von Geldscheinen viel Zeit verlorengeht. Aber auch vom hygienischen Standpunkte aus wäre es zu begrüßen, wenn die Prägung von Kleingeldmünzen in größerem Umfange stattfinden würde. Der Staat macht allerdings mit dem Papiergeld ein weit besseres Geschäft als mit dem Hartgeld, das kein Wind entführt, das nicht zerreißt und schwerer von der Bildfläche verschwindet. Es scheint aber, daß trotzdem ein Teil Silbergeld von der Bildfläche verschwunden ist, denn man sieht im täglichen Verkehr selten eine Silbermünze. Die Hamsterer machen damit freilich ein schlechtes Geschäft, denn an der heutigen Silbermünze ist das Silber das wenigste, und sie ist mit der der Vorkriegszeit nicht zu vergleichen. Sie ist lediglich Scheidemünze und gehört in den Verkehr.

Film und kleine Bühne.

C.-T. Riebeckplatz. Aus der Wunderwelt der Alpen bringt der Film „Der Berg des Schicksals" eine Fülle bezaubernder Bilder. Jeder Abschnitt ein Meisterwerk. Das Gebiet der Dolomiten ist es und insonderheit die Guglia del Diavolo (Teufelskugel), die den Mittelpunkt einer bewegten Geschichte bildet. Die vom Vater auf den Sohn vererbte Sehnsucht, jenen Gipel zu bezwingen, läßt hochtouristische Sportgrößen Gewagtes vollbringen. So die Realität. Der Sinn des Dramas ist ihr parallel. Für die Schöpfung ist der Herstellerin so manchen hier begeistert aufgenommenen Bergfilms, der B. u. V. F. G. m. b. H., Freiburg i Br., der Dank aller gewiß. — „Er" ist wieder urkomisch. Ihn sehen als Allerweltskerl, als Professor der „Tanzkunst", heißt, für eine kleine halbe Stunde alle Sorgen des Alltags vergessen. F—e.

Könnern. Stadtverordnetenwahl am 28. September. Nach fast viermonatiger Selbstverwaltung" ist die Einwohnerschaft unseres stillen Städtchens gezwungen, wiederum über die ferneren Geschicke unserer Stadt zu entscheiden. Am 28. September, „zufällig" an dem Tage, wo der Prolet seine Kartoffeln herausholt, soll die Wahl stattfinden. Doch das darf keinen von der Wahl fernhalten; vielmehr gilt es zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich dem Eigensinn des satten Bürgertums zu fügen. Denn nichts anderes als Eigensinn war die Triebfeder zur Mandatsniederlegung. Zwingende Gründe? — Unsinn. Der letzte bürgerliche Vorsteher, der seinen kommunistischen Nachfolgern Dummheit und Ungeschicklichkeit in öffentlicher Versammlung vorwirft, war ja selbst nicht in der Lage, Protest gegen die Vorsteherwahl an der richtigen Stelle zu erheben. Als alter Zwölfender, durch die Feldwebelbrille geblendet, glaubte er, seinen Protest gehorsamst bei der vorgesetzten Behörde anstatt beim Vorsteher anzubringen. Solche Mätzchen läßt sich kein Vorsteher gefallen. Angesichts der im Mai stattfindenden Wahlen prickelte es ihnen in den Gliedern, es mußte also ein Grund gefunden werden, um eine frisch-fröhliche Stahlhelmwahl herbeizuführen. Auch das will nun nicht klappen, denn der Wahltag fällt ausgerechnet mit dem Todestage des hiesigen Stahlhelmhäuptlings zusammen. Jedenfalls wird der sich bedanken, für die Propaganda zu machen, die seine Totengräber sind. Doch das soll uns nicht kümmern. Für uns gilt es, bis zum Wahltage alle Kraft dafür einzusetzen, daß die bürgerlichen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Da ist es vor allen Dingen nötig, daß jeder sich davon überzeugt, ob sein Name in der Wählerliste steht. Wessen Name nicht darin verzeichnet ist, darf nicht wählen. Vor Ueberraschungen ist niemand sicher. Darum seht die Wählerlisten nach und interessiert Gleichgültige, dasselbe zu tun.

Aus der Provinz.

Kesseltreiben gegen den Landrat in Nordhausen.

Die bürgerliche Presse gibt einem längeren Artikel Raum, der sich auf einen in der „Nordhäuser Allgemeinen Zeitung" vom 18. August in Fettdruck erschienenen Artikel „Landrat Knodt in der Kreide" stützt. In diesem Artikel, der eine Zuschrift des Bürgerlichen Ordnungsblocks der Stadtverordnetenversammlung Nordhausen sein soll, wird behauptet, daß der Kreisdeputierte Genosse Henze gemeinsam mit dem Landrat Knodt und Bankdirektor Kühnemund unerhörte geschäftliche Manipulationen, zum Nachteile der Kreissparkasse vorgenommen hätte. Ferner wird gesagt, daß Henze die gesamte Bevölkerung der Stadt Nordhausen wie des Kreises Grafschaft Hohenstein, bis in die weitesten linksgerichteten Kreise hinein, nicht mehr das Vertrauen entgegenbringe, das er zur Führung der ihm von der Regierung vertretungsweise übertragenen Aemter notwendig habe.

Genosse Henze tritt den in der „Nordhäuser Volkszeitung" vom 20. August veröffentlichten Anschuldigungen entgegen und hängt sie niedriger. Landrat Knodt, der ebenfalls Parteigenosse ist, hat, wie die Meldestelle des Oberpräsidiums in Magdeburg uns telegraphisch mitteilt, gegen sich selbst das Disziplinarverfahren beantragt. Alles weitere ist von den zuständigen Dienststellen mit größter Beschleunigung eingeleitet worden.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es sich auch hier wieder um ein regelrechtes Kesseltreiben der bürgerlichen Ordnungsmeute gegen sozialistisch gesinnte Beamte handelt. Das gegen den Genossen Knodt von ihm selbst beantragte Disziplinarverfahren wird ja ergeben, was an den Vorwürfen wahres ist.

Auflösung der Gutsbezirke?

Der 22. Landtagsausschuß hat bei der Beratung des Entwurfs der Landgemeindeordnung in zweiter Lesung sich neuerdings durch Meinungsänderung zweier Vertreter der Deutschen Volkspartei mit knapper Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, daß Gutsbezirke in Preußen, mit Ausnahme der staatlichen Gutsbezirke, grundsätzlich aufzulösen seien!

Der reaktionäre preußische Landgemeindeverband, an dessen Spitze der Deutschnationale frühere Torgauer Landrat Dr. Gerike steht, versucht nun, Material zusammen zu bekommen, das gegen die Auflösung der Gutsbezirke spricht. Unsere Genossen werden gut tun, ihre Gemeindevorstände daraufhin zu kontrollieren, daß diese nicht etwa Vorspanndienste für die rückschrittlichen Pläne der Großagrarier leisten. Es ist ein Skandal, daß fünf Jahre nach der Revolution noch die Gutsbezirke als selbständige Verwaltungskörper bestehen. Es ist die höchste Zeit, daß diese mittelalterliche Einrichtung von der Bildfläche verschwindet.

Dessau erhält einen Flugplatz.

Die Vorlage der anhaltischen Staatsregierung, einen 500 Morgen großen Flugplatz den Junker-Werken zu überlassen, wurde vom Haushaltausschutz des Landtages einstimmig genehmigt. 300 Erwerbslose sollen die Arbeiten sofort in Angriff nehmen, auch beabsichtigen die Junker-Werke an der Elbe, unweit Dessau, einen Wasserflugzeughafen zu errichten. Das nötige Gelände wird der Firma vom Landtag pachtweise überlassen werden.

Warnung vor Schwindlern.

Ein Schwindler, der wahrscheinlich identisch ist mit dem, der am 7. August das Gaubureau des DLV. in Halle aufsuchte (siehe Volksblatt Nr. 184 vom 8. August 1924) hat am 5. August in Weißenfels bei unserer Partei sein unsauberes Geschäft versucht. Um 10 Uhr abends sprach in der Wohnung des Parteivorsitzenden ein gut gekleideter Mann mit angestecktem Parteiabzeichen vor, der sehr aufgeregt schien. Er machte folgende Angaben: Er sei der Stadt-Obersekretär E. Hilgen aus Höchst a. M. und befände sich mit seiner Braut, welche im Volkshaus säße, auf der Rückreise von seiner Ferientour. Im D-Zug Dresden—Frankfurt habe er plötzlich seine Brieftasche mit Geld, Papieren und Fahrkarte vermißt. Er säße nun hier in Weißenfels und könne nicht weiterfahren. Aus diesem Grunde bäte er um die Hilfe der Weißenfelser Parteigenossen in Form eines Reisegeldvorschusses. Diesen wollte er innerhalb fünf Tagen zurückerstatten. Leider erhielt er auch eine kleine Summe. Aber dies trägt vielleicht zur Entlarvung des Schwindlers bei. Als die fraglichen fünf Tage vergangen waren, ohne daß das Geld eintraf, wurden sofort Ermittlungen bei dem Magistrat der Stadt Höchst a. M. und bei unserm Parteisekretariat dortselbst eingezogen. Diese ergaben folgende interessante Feststellungen: In Höchst a. M. ist tatsächlich ein Parteigenosse E. Hilgen, Stadt-Obersekretär, vorhanden. Dieser ist aber während der fraglichen Zeit immer in Höchst am Main anwesend gewesen und ist natürlich erstaunt über den Mißbrauch seines Namens. Der Schwindler muß also den Genossen Hilgen und die Verhältnisse in Höchst a. M. genau kennen. Hoffentlich gelingt es, ihn bald dingfest zu machen.

Die Personalbeschreibung ist ungefähr folgende: Schlanke Figur, blauer Anzug, Mütze, Windjacke (die Kleidung scheint der Schwindler allerdings öfter zu wechseln), Alter 25 bis 30 Jahre. Besonderes Merkmal: Sehr heisere Stimme.

Die Angelegenheit wurde sofort der Polizei übergeben. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß der Schwindler noch in anderen Orten der Umgebung sein Handwerk versucht hat. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß alle solche Versuche sofort der Polizei am Orte und dem Parteisekretariat Weißenfels, Gutenbergstraße 6, berichtet werden.

•

Amtlich wird uns geschrieben:: Seit Wochen reist ein Betrüger umher, der Fahrräder auf Teilzahlungen zu auffallend niedrigen Preisen verkauft. Er gibt sich als Reisender der Firma Teichmann u. Ko. in Leipzig, Lützowstraße 44, aus und nimmt Anzahlung auf den Auftrage entgegen. Lieferung erfolgt natürlich nicht, da der Betrüger keinen Auftrag von der Firma zum Reisen hat und auch keine Aufträge oder Anzahlungen eingehen. Der Betrüger ist zweifellos mit dem Arbeiter Georg Franz Hermann Mißler, identisch. Letzterer legt sich verschiedene Namen bei. Sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei Zeitz.

Merseburg. Wiedereröffnung der Autobuslinie Merseburg—Leipzig. Wie der „Merseburger Korrespondent" mitteilt, hat der Verkehrsverein Leipzig die Kraftverkehrsgesellschaft Freistaat Sachsen bewogen, die Autobuslinie Merseburg—Leipzig wiederaufzunehmen. Da der Fahrpreis unter den heutigen Verhältnissen wesentlich günstiger gestellt werden kann, als es früher der Fall war, ist zu hoffen, daß die Linie sich rentabler gestalten wird als früher. Zurzeit wird noch über Einzelheiten mit den Gemeinden verhandelt.

Sangerhausen. Politische Lehrlingsarbeit. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß in dem Sangerhäuser Blättle politische Stilübungen erscheinen, die das Zeichen J. J. tragen. Selbstverständlich haben wir nie geglaubt, was böse Zungen behaupteten, daß diese politischen Kindereien von dem „Redakteur" stammen, auf dessen Namen allerdings das Zeichen auch paßt. Wie wir nun aus zuverlässiger Quelle erfahren, soll der sich hinter J. J. versteckende Schreiber der jüngste Setzerlehrling der Firma Schneider sein. Daß dieser junge Mann sich mit politischen Stilübungen beschäftigt, ist ja sehr zu begrüßen, daß aber das Sangerhäuser Blättchen diesem oft nur allzu stark nach Lehrlingsarbeit riechendem Geschreibsel Raum gewährt, ist für den Geist der Schriftleitung bezeichnend. Noch bezeichnender ist aber, daß es immer noch Menschen gibt, die täglich derartiges Geschmiere lesen und dafür noch Geld bezahlen. Das Motto für dieses Blättchen ist auch: Die Dummen werden nicht alle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240822l-13/fragment/page=0005

Artern. Urnen- und Knochenfund. Bei Voigtstedt wurde eine steinzeitliche Urne fast schadlos geborgen. Das Grab eines alten Mannes wurde bloßgelegt. Am Unterkiefer fehlen nur verschiedene Zähne. Die Urne wird im hiesigen Museum aufbewahrt.

Ostrau. Schwarz-Rot-Gold marschiert. Trotz strömenden Regens traf hier am 14. August eine Radfahrergruppe des Ortsvereins Bitterfeld unter Führung des Kameraden Zilm ein. Kamerad Zilm schilderte in leicht verständlicher Weise Zweck und Ziel unseres Bundes, worauf zur Gründung einer Ortsgruppe geschritten wurde, der über 30 Kameraden sofort beitraten. Für unseren Ort ein vielversprechender Anfang, bei dem wir jedoch nicht stehenbleiben werden. Republikaner, meldet Euch zum Eintritt bei dem vorläufigen Vorsitzenden, dem Kameraden Latauschke, Anger, an, damit der Stahlhelm, der glaubte die Alleinherrschaft am Orte ausüben zu können, in seine Schranken zurückversetzt wird.

Bitterfeld. Arbeitsmarkt. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich weiter verschlechtert. Die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen erhöhte sich auf 575 mit 717 unterstützungsberechtigten Angehörigen. Es ist mit weiterem täglichen Zugang zu rechnen. Die Vermittlungsabteilung wurde von insgesamt 526 Arbeitsuchenden in der Berichtswoche in Anspruch genommen.

Delitzsch. Ueber allen Gipfeln ist Ruh. Das ist das Motto über unser neues Stadtparlament unter der Leitung des Vorstehers Schmidt. Am 2. Juli fand die letzte Sitzung statt, und jetzt hört man, daß die nächste am — 23. September stattfinden soll. Es muß wahrscheinlich recht wenig vorliegen; oder soll es dann wieder so gehandhabt werden, daß aller acht Tage die Stadtväter zusammengetrommelt werden? Unsere Fraktion ist keineswegs mit diesem Verfahren einverstanden. Vor allem liegt ihr viel daran, die wichtige Frage der Abtretung der städtischen Fürsorgeverwaltung geklärt zu wissen. Unser Magistrat hat — eigenmächtig, ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung — die gesamte städtische Fürsorgeverwaltung an den Kreis abgegeben, weil die Kreisverwaltung verlangte, entweder die gesamte Fürsorgeverwaltung zu übernehmen, also einen selbständigen Fürsorgebezirk zu bilden, oder auf die Ausübung jeglicher Fürsorgetätigkeit durch die städtische Verwaltung zu verzichten. Anstatt nun erfreut zu sein, neues Tätigkeitsgebiet zu erhalten — und wo ließe sich wohl Besseres und Fruchtbringenderes schaffen als auf diesem Gebiete — verzichtet der Magistrat darauf, angeblich aus finanziellen Bedenken (bei der jetzigen Zusammensetzung des Stadtverordnetenkollegiums kein Wunder, denn diesem „Spar"kollegium kann der Magistrat dadurch nur imponieren). Als Begründung für den eigenmächtigen Schritt des Magistrats gibt dieser ferner an, es handele sich um eine reine Verwaltungssache. Den Widerspruch scheinen die Herren nicht zu merken. Unsere Genossen Buhle und Schwahn haben zwar schon mit den besoldeten Magistratsmitgliedern verhandelt, haben betont, daß sie sich scharf gegen diese Aufgabe eines Gebietes der Selbstverwaltung aussprechen und baldige Entscheidung im Stadtparlament verlangen, aber trotzdem schiebt man die nächste Sitzung hinaus. Die Gründe erscheinen uns klar, aber die Fraktion wird nichts vergessen.

Wittenberg. Ansteigen der Erwerbslosenziffern. Die Erwerbslosenziffern der letzten Wochen zeigen auf dem Arbeitsmarkt ein geringes Steigen. Während vor vier Wochen 153 Männer und 89 Frauen = 242 Personen als Arbeitsuchende beim hiesigen Arbeitsmarkt eingetragen waren, sind jetzt 170 Männer und 75 Frauen = 245 Personen als erwerbslos gemeldet. Während bei den männlichen Personen eine bedeutende Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, ist die Zahl der weiblichen Arbeitslosen um 14 Personen zurückgegangen. Von den Arbeitsuchenden beziehen 56 Personen (47 männliche und 9 weibliche) Erwerbslosenunterstützung, Mitte Juli dagegen 73 Personen (59 männliche und 14 weibliche) Unterstützung.

Wittenberg. Ueberfallen und vergewaltigt wurde am Sonnabendvormittag an den Buhnen in der alten Elbe bei Wartenburg eine von dort stammende Witwe. Die Frau war nach der alten Elbe zum Grasholen gegangen, als ihr plötzlich von hinten das Kopftuch übers Gesicht gezogen wurde und durch einen in den Mund gesteckten Knebel am Schreien verhindert wurde. Der Unhold schleppte die Frau ins Weidengebüsch und vergewaltigte sie. Nach der Tat brachte der Mann die Frau an einen kleinen Fußweg und band sie an einen Pfahl fest. Die angestellten bisherigen Ermittlungen hatten bisher noch keinen Erfolg, da die Frau absolut keine Angaben über den Täter machen kann.

Eilenburg. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold trotz alledem! In wenigen Wochen hat sich hier bereits eine ganz ansehnliche Schar zusammengefunden, die gewillt ist, die Republik zu verteidigen. Trotz allem Gekeife einer Meute, die sich in trauter Gemeinschaft aus Stahlhelm, Wehrwolf, Kommunisten, kriegswütiger Pfaffen und ähnlichen Kumpanen zusammensetzt. Kaum war die Gründung vollzogen, veröffentlichten die Eilenburger „Neuesten Nachrichten" ein Inserat eines namenlosen Feiglings, der sich darüber entsetzte, daß es in Eilenburg Männer gibt, die sich für die Republik, für die Verfassung und deren Farben öffentlich einsetzen. Mit verschiedenen Ergüssen des Eilenburger Blättchens, das sich in seiner Jugendzeit selbst als demokratisch bezeichnet hat und sogar Mitarbeiter besaß, die vor langen Jahren auch für Schwarz-Rot-Gold gestritten hatten, beweist die alte Tante, daß sie sich ihrer Vergangenheit schämt. Mit desto größerem Eifer gedenkt sie der schönen schwarzweißroten Zeit. Als am Sonntag die 72er mit ihrem unvergleichlichen Valentin in Begleitung der Stahlhelm- und Wehrwolf-Jünger unter schwarzweißrotem Flaggenschmuck ihre Fahnenweihe begingen, opferte das Blättchen eine ganze Beilage ihres sonst so teuren Papieres, um ja alle Salbaderei genügend würdigen zu können. Der Zufalls-Stadtverordnetenvorsteher Müller hatte keinen anderen Schluß gefunden, wie Eilenburg als künftige Garnisonstadt zu behochen. All diese Vorkommnisse zeigen mit Deutlichkeit, daß ein Zusammenschluß aller republikanisch gesinnten Deutschen stattfinden muß. An diesem Werke wollen auch wir in Eilenburg mithelfen. Die bisherigen Veranstaltungen unseres jungen Vereins waren gut besucht. Zurzeit beträgt die Mitgliederzahl 200. Am Dienstag, dem 26. August, treffen sich die Jungmannschaften im „Schwarzen Adler". Am 2. September findet eine Versammlung im „Muldental" statt und am 16. September eine Werbeversammlung im „Schwarzen Adler". In der am Dienstag stattgefundenen Versammlung mußte der Vorsitzende Kamerad Rektor Schanter bekanntgeben, daß der Haß gegen die republikanischen Farben sogar vor Grabschändungen nicht zurückschreckt. Zu Ehren der gefallenen Krieger hatte der Verein einen Kranz mit schwarzrotgoldener Schleife auf dem Ehrenfriedhof niedergelegt. In der Nacht vom 15. zum 16. August haben Bubenhände die über einen Meter lange schwarzrotgoldene Schleife abgeschnitten. Dieser unglaubliche Roheitsakt muß der breitesten Oeffentlichkeit unterbreitet werden. Wer diesen Schandbuben bezeichnen kann, soll dem Vorstand Mitteilung davon machen. Alle Anfeindungen und Roheitsdelikte dürften nun erst recht jedes Mitglied anspornen, für die Verbreitung des Vereins zu wirken. Nun erst recht! Wir sind auf dem richtigen Wege!

Jessen. Beamtenabbau oder Aufbau? Jessen hatte seit einem Jahre nur einen Pfarrer; der andere hatte sich versetzen lassen und es ging ganz gut. Jetzt haben wir ein Abbaugesetz und bei den Betriebsbeamten, Angestellten und Arbeitern ist abgebaut worden, manchmal mehr als gut war. Während auf der einen Seite abgebaut wird, ohne Rücksicht auf die wirschaftlichen Schäden, die dadurch sich an vielen Stellen des Staatsbetriebes bemerkbar machen, bekommt Jessen seinen zweiten Pfarrer, trotzdem es, wie oben angeführt, mit dem einen auch ganz gut geht.

Elsterwerda. Brand durch Blitzschlag. In Neu-Saathain schlug bei dem Gewitter am Mittwochnachmittag der Blitz in die mit Erntevorräten gefüllte Scheune des Landwirts Richter. Das Feuer verbreitete sich so schnell, daß die Erntevorräte ein Raub der Flammen wurden und nur das Vieh gerettet werden konnte. Das Gebäude ist vollständig ausgebrannt. Auswärtige Feuerwehren und die Einwohner leisteten bei Bekämpfung des Brandes tatkräftige Hilfe.

Ein Landesverrats-Prozeß.

Opfer der Putschtaktik. – Stahlhelmspitzeleien.

Wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik waren 18 Arbeiter aus Neumark bei Mücheln angeklagt. Ihnen wurde zur Last gelegt, im Oktober 1923 an einer geheimen, staatsfeindlichen Verbindung teilgenommen zu haben. Sämtliche Angeklagte gehören, mit einer Ausnahme, der Kommunistischen Partei an. Die Anklage behauptet, daß eine Parteischutzorganisation bestanden habe, mit dem Zwecke, die gegenwärtige Republik zu stürzen, um eine Räterepublik zu errichten. Am 7. Oktober habe man sich bei Korthe zusammengefunden, um einen Kampfleiter, einen Kurierleiter sowie Kuriere zu bestimmen, welche mit der Hauptleitung in Halle bzw. Merseburg die Verbindung aufrechtzuerhalten hätten. Da aber diese Zusammenkunft schlecht besucht gewesen sei, habe am anderen Abend eine weitere Zusammenkunft bei dem Bergarbeiter V. stattgefunden. Des weiteren habe am 19. Oktober eine Zusammenkunft stattgefunden, bei welcher Zehnerschaftsführer bestimmt werden sollten. Da auch hier die Beteiligung nicht genügte, sei zum 20. Oktober eine Zusammenkunft an der „Leierkippe" unter freiem Himmel vereinbart worden. Diese Zusammenkunft war aber verraten worden, so daß ungefähr eine halbe Stunde nach der festgesetzten Zeit aus der Dunkelheit zwei Landjäger auftauchten, welche mit vorgehaltenem Revolver das Kommando „Hände hoch" gaben. Nachdem auch einige Schüsse abgegeben waren, sind dann die Anwesenden verhaftet und auf einem Lastauto abtransportiert worden. Einem der Verhafteten wurde eine Pistole, einem anderen ein Notizblock abgenommen sowie bei dem später noch verhafteten W. ein Notizbuch beschlagnahmt.

Vor dem Schöffengericht in Weißenfels bestritten sämtliche Angeklagte, sich strafbar gemacht zu haben. Ihre Zusammenkünfte seien harmloser kollegialer Natur gewesen. Sie haben Karten gespielt und musiziert, gelegentlich auch über Vorgänge im öffentlichen Leben und über die Aufforderung zur Bildung von Hundertschaften in ihrer Parteipresse gesprochen. An ihrem Orte seien, selbst bei gutem Willen, viel zu wenig Parteigenossen gewesen, um Hundertschaften zu errichten.

In der Beweisaufnahme sagte Landjägermeister Kölbe als Zeuge aus, daß er von einer Person, die er nicht nennen wolle, die Mitteilung erhalten habe, daß am 20. Oktober, abends ½7 Uhr, an der „Leierkippe" eine Versammlung zum Zwecke der Gründung des Parteischutzes — er habe angenommen, einer kommunistischen Hundertschaft — stattfinden sollte. Er habe daselbst zirka 10 Personen verhaftet. Ein Zeuge Scheible, welcher gleichfalls mitverhaftet war, aber nicht mit abtransportiert wurde, gibt an, daß er **im Auftrage des Stahlhelmführers, Herrn von Etzdorf, Mitglied der Kommunistischen Partei geworden** sei. Er habe den Zusammenkünften beigewohnt, in welchen die Funktionäre zum Parteischutz gewählt worden seien. Die Hundertschaft sollte eventuell mit den Genossen von Mücheln und Braunsdorf zusammentreffen. Die Versammlung am Sonnabend habe die Zehnerschaften einteilen sollen. Sie sei aber nicht dazu gekommen, weil die Landjäger zu früh auf dem Plan erschienen seien, ehe die Funktionäre alle beisammen waren. Er sei nicht mit abtransportiert worden, weil er dem Landjäger gesagt habe, daß er nur als

Agent des Stahlhelms

bei der Kommunistischen Partei Mitglied sei.

Der Staatsanwalt, welcher das Bestehen einer staatsfeindlichen Verbindung zum Sturze der Republik als erwiesen betrachtete, beantragte gegen zwei Angeklagte je 8 Monate Gefängnis und 50 Mk. Geldstrafe, gegen einen Angeklagten 7 Monate und 50 Mk., gegen drei Angeklagte je 6 Monate, gegen vier Angeklagte je 5 Monate, gegen vier Angeklagte je 3 Monate, sowie entsprechende Geldstrafen, gegen drei Angeklagte Freisprechung, gegen den Angeklagten S. wegen unbefugten Waffenbesitzes noch extra eine Woche Gefängnis.

Mit Bezug auf den Zeugen Scheible hob der Staatsanwalt ganz besonders hervor, daß dieser

unter dem Schutz des Gerichtes

stehe und auch die Staatsanwaltschaft werde ihm allen erdenklichen Schutz angedeihen lassen. Ueber die moralische Beschaffenheit des Zeugen wolle er sich nicht auslassen, dies sei ihm gleichgültig. (!!)

Rechtsanwalt Herzfeld (Berlin) hob zunächst hervor, daß das Reichsgericht sowie der Staatsgerichtshof Zeugen vom Schlage Scheibles anders gegenüberständen und sie anders bewerteten, als das hiesige Gericht und der Staatsanwalt. Dort sei ausdrücklich ausgesprochen worden, daß die Aussagen eines solchen Zeugen anders zu bewerten seien als die eines anständigen Menschen. Er hielt den Beweis des Bestehens einer illegalen Verbindung für nicht erbracht. Es wäre falsch, anzunehmen, daß jedes Mitglied der Kommunistischen Partei dem Selbstschutz angehören müsse. Er beantragte daher für sämtliche Angeklagte Freisprechung; gegen S. wegen Besitz des Revolvers höchstens eine niedrige Geldstrafe.

Als der Gerichtshof im Begriff war, sich zurückzuziehen, erhob sich im Zuhörerraum ein Mann, der den Antrag stellte, bezüglich des Zeugen Scheible vernommen zu werden. Er könne Angaben machen, daß derselbe sich damit gebrüstet habe, er habe den Angeklagten einmal tüchtig eins ausgewischt zu dem Zwecke, Mitglied im Stahlhelm zu werden. **Herr von Etzdorf habe seine Aufnahme davon abhängig gemacht, daß er diese Sache bei der KPD. durchführe.** Auch führe derselbe doppelten Namen, er nenne sich zuweilen Oberleutnant Egon von Alfon.

Dieser Zwischenfall brachte den Vorsitzenden in sichtliche Erregung. Da aber die Verteidigung den Antrag stellte, den Mann eidlich zu vernehmen, zog sich der Gerichtshof zurück und beschloß, dem Antrage stattzugeben. Der Zeuge erhärtete seine Angaben eidlich. Der Angeklagte W. fügte dem noch hinzu, daß Scheible, den er zunächst für einen ehrlichen Menschen angesehen habe, gelegentlich eines Vorfalles zu ihm geäußert habe, er wolle hingehen und den Herrn v. Etzdorf erschießen. Er habe ihm aber abgeraten, er solle sich nicht unglücklich machen, so was habe doch keinen Zweck.

Der Antrag der Verteidigung, Zeugen zu laden, um die Angaben des letzten Zeugen zu erhärten, wurde als nicht zur Sache gehörig abgelehnt.

Das Urteil

lautete, daß sämtliche Angeklagten, die an den Zusammenkünften bei K. und W. teilgenommen haben, sich im Sinne der Anklage strafbar gemacht haben, ebenso S. wegen Waffenbesitz. Scheible sei zwar „kein klassischer Zeuge", aber gerade weil er als Spitzel tätig gewesen sei, habe er die Vorgänge besonders aufmerksam verfolgt und sei ihm Glauben beizumessen. Die übrigen an der „Leierkippe" Verhafteten seien aus Mangel an Beweisen freizusprechen, da hier die Landjäger zu früh zugegriffen hätten, ehe es zu irgendwelchen Handlungen gekommen sei. Die in den Notizbüchern enthaltenen Aufzeichnungen, aus welchen hervorgehen sollte, daß bei Eintritt eines Putsches bei verschiedenen Geschäftsleuten Lebensmittel beschlagnahmt werden sollten, konnten nicht als beweiskräftig angesehen werden, da die darin enthaltenen Namen und Stichworte nach Aussage der Angeklagten sich auf den im August 1923 stattgefundenen Streik bezogen und das Gegenteil nicht bewiesen werden konnte.

An Strafen wurden verständigerweise nur verhängt gegen zwei Angeklagte je 4 Monate Gefängnis und 40 Mk. Geldstrafe, gegen 7 Angeklagte je 3 Monate und 30 Mk. sowie eine Woche zusätzlich Gefängnis für S. wegen unbefugten Waffentragens.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 22. August.

Gemeindevertreterkonferenz der SPD.

für den Mansfelder See- und Gebirgskreis.

Einem Wunsche der letzten Gemeindevertreterkonferenz entsprechend aller Vierteljahre eine solche Konferenz einzuberufen, kommt hiermit die Unterbezirksleitung nach. Am Sonntag, dem 7. September 1924, vormittags 10 Uhr, tagt im Volkshaus zu Eisleben eine **Gemeindevertreterkonferenz.**

Tagesordnung: 1. Instruktiver Vortrag über das Thema: Welche Aufgaben haben wir in der Gemeinde zu erfüllen? Referent Genosse Landrat Müller (Halle). 2. Das Zusammenarbeiten unserer Partei mit den übrigen Parteien in der Gemeinde.

An dieser Konferenz nehmen teil sämtliche zur SPD. gehörenden Gemeindevertreter, Schöffen, Amts- und Gemeindevorsteher, Kreisausschußmitglieder und Kreistagsabgeordnete, Bürgermeister, Magistratsmitglieder, sowie die Stadtverordneten.

Es ist Pflicht eines jeden Parteimitgliedes, welches eine der oben angeführten Funktionen in der Kommunalverwaltung erfüllt, in der Konferenz zu erscheinen.

Die Unterbezirksleitung.

Unerquickliche Zustände bei den Bauarbeitern.

Wir werden um Aufnahme des nachstehenden Artikels ersucht:

In Nr. 134 des „Klassenkampf" veröffentlicht der vom Verband der Ausgerissenen freigestellte „Maurer" einen Artikel, der sich mit den Vorgängen in der Baugewerkschaft Eisleben des Deutschen Baugewerksbundes befaßt. Unter anderem beschäftigt er sich mit einer in Hettstedt stattgefundenen Versammlung der dortigen Kollegen, zu welcher selbstverständlich auch die Kollegen der nächsten Ortschaften ebenfalls mit eingeladen waren. (Zu diesem Artikel hat der Schreiber im „Klassenkampf" volle acht Tage gebraucht; vielleicht war ihm die Puste ausgegangen.) Gleich zu Anfang seines Artikels stellt der Freigestellte die freche Behauptung auf, daß zu einer Konferenz eingeladen sei, welche nachher in eine Mitgliederversammlung umgewandelt worden sei. Das trifft nicht zu, Herr Lügenbonze, sondern es war gleich zu einer Mitgliederversammlung eingeladen, und da war es eine Selbstverständlichkeit, daß der Ausgerissene nicht mit hinein durfte; deshalb auch die Wut. Auch dichtet Maurer dem Kollegen August Meier die große Ehre an, daß er als Berichterstatter über die Vorgänge in Eisleben ausersehen war. Das stimmt nicht, denn wir waren nur nach Hettstedt gefahren, um dort die Baugewerkschaft Hettstedt ins Leben zu rufen, und das ist uns vollauf gelungen, Herr Oberbonze. Das, was dort Koch, Meier und Bloßfeld über die Vorgänge in Eisleben geschildert haben, trifft vollauf zu, und die Ausführungen unseres Kollegen Bernhardt (Hamburg) brachten auch den noch nicht ganz verblendeten Kollegen die Ueberzeugung bei, daß die Auflösung des Bezirksvereins Eisleben eine Naturnotwendigkeit gewesen ist, um nicht ganz und gar nach der Moskauer Pfeife zu tanzen.

Bemerkenswert waren die Ausführungen, die Meier wiedergab, die ihm der Bonze Maurer im Suff am 3. August abends im Volkshaus erzählt hat. Danach hat in der om selben Tage stattgefundenen Konferenz, in welcher auch Steitz anwesend gewesen ist, dieser erklärt, daß auf der Konferenz 35 Kollegen anwesend waren (oder stimmt das nicht). Die Konferenz tagte unter Maurers Vorsitz und wies folgende Tagesordnungspunkte auf: Stand der Bewegung in Halle, Merseburger Bezirk und Verschiedenes. Zu 1 leierte Steitz (Halle) seine nun schon auswendig gelernte Walze herunter und betonte unter anderem, daß, wenn die Bewegung vorwärts gehen sollte, es darauf ankomme, eine gesunde Finanzpolitik in der Organisation Platz greifen zu lassen und eine einwandfreie Kassenführung erforderlich wäre. (Es muß demnach bei den Ausgerissenen nicht besonders einwandfrei sein.) Auch dürfe der eine oder der andere nicht denken, mit den eingegangenen Geldern Schindluder zu treiben. (Ganz unsere Ansicht.) Zu 2 wurde beschlossen, für den Bezirk Eisleben einen Kollegen freizustellen, der die Agitation leiten soll; der Vorschlag fiel auf Maurer. (Was sagt dieser nun dazu; dann ist er doch auch Bonze.) Die Anstellungsbedingungen sind folgende: Maurer wird freigestellt, bekommt als Lohn den Stundenlohn eines Maurers plus 25 Prozent. (Angeblich ist das bei den Ausgerissenen nicht zu viel, nur bei den vom Baugewerksbund Angestellten.) Als Vorschuß wurde ein halber Wochenlohn bewilligt. Oder stimmt das nicht, Herr Lügenbonze?

Nach langem Hin und Her wurde abgestimmt und Maurer gewählt. (Worauf dieser schon seit 1920 hingearbeitet hat, nur daß es ihm beim Baugewerksbund nicht gelungen ist, denn da muß man schon etwas länger in der Organisation sein, als es Maurer ist.)

Nach der Sitzung folgte nun das, was Maurer den anderen vorwirft: die Wahl und Anstellung wurde mit Schnaps und Bier tüchtig begossen, bis nachts 1 Uhr. In seliger Verfassung hat dann Maurer die ganzen Vorgänge der Konferenz erzählt.

Kollegen, die Ihr diesen angeblich revolutionären Kollegen nachlauft, besinnt Euch, laßt ab von diesen Führern und folgt nur denen, die es bis jetzt immer verstanden haben, für Euch das Möglichste herauszuholen. Erklärt alle wieder Euren Beitritt zum Baugewerksbund! Nur so können wir wieder geordnete Verhältnisse im Baugewerbe schaffen. Laßt ab von den Ueberstunden, hauptsächlich von der Schwarzarbeit (das ist die nach Feierabend selbständig ausgeführte Arbeit), denn dadurch gebt Ihr dem Unternehmertum nur die Argumente in die Hand, daß der Achtstundentag abgeschafft werden kann. Laßt ab von diesem Tun, denn nur die Arbeiterschaft hat den Schaden davon.

Bezirksverein Eisleben des Deutschen Baugewerksbundes.

Siersleben. Selbstmord? Die Ehefrau des Bergarbeiters K., der sich erst Mitte Juni 1924 verheiratet hat, gebar vor kurzem ein Kind. K. fühlte sich von seiner jungen Frau betrogen und brachte sie wieder zu ihren Eltern nach Eisleben zurück. Jetzt wurde die Leiche des jungen Mannes aus dem Süßen See geborgen. Es ist anzunehmen, daß K. Selbstmord verübt hat.

Hettstedt. Bubenstreich. Mittwoch mittag wurde wieder einmal, vermutlich von Kindern, auf einen durchfahrenden Zug mit Steinen geworfen, und zwar in der Nähe des Rosenkränzchens. Es handelt sich um den D-Zug, der aus Richtung Sandersleben nach Sangerhausen ½12 Uhr Hettstedt durchfährt. Im Speisewagen wurde eine Scheibe zertrümmert. Polizeiliche Ermittlungen sind im Gange. Das Publikum wird um Mitwirkung gebeten, damit den Rohlingen endlich das Handwerk gelegt werden kann.

Hettstedt. Kindesaussetzung. Zu unserer gestrigen Meldung wird mitgeteilt, daß die Familie Kulczak durch Vorlegen der Quittungen nachgewiesen habe, daß der Sohn Leo, der jugendliche Vater des ausgesetzten Kindes, so ziemlich seinen Unterhaltsverpflichtungen nachgekommen ist. Es ist zurzeit nur noch ein Rest von etwas über 3 Mk. zu zahlen. Am 11. August sind erst 12 Mk. von ihm gezahlt worden. — Das würde auf das Verhalten der Mutter des Kindes ein schlechtes Licht werfen.

Hettstedt. Wegen unsittlicher Belästigung von Frauen in der Bahnhofstraße wurde der Messingwerkarbeiter Ernst Armes, Promenade 3, festgenommen und nach Feststellung des Tatbestandes auf freien Fuß gesetzt. Er entschuldigt sich damit, er sei schwer kriegsbeschädigt, und zwar nervenkrank.

Königerode. Fahrraddieb. Am Montag nahm ein Mann in der Gastwirtschaft Karl Günther Aufenthalt. Er gab an, daß er Vertreter der Firma Th. Schulze, Schnapsbrennerei, Nordhausen, sei und zeigte die Geschäftskarte. Auch führte er Preislisten bei sich. In der Gastwirtschaft borgte er sich ein Fahrrad, um nach Braunschwende zu fahren, ist aber bis jetzt nicht zurückgekehrt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240822 1-13/fragment/page=0006

Aus aller Welt.

Das größte Hotel der Welt.

Ueber 2000 Fremdenzimmer.

In Chicago ist kürzlich der Bau des „Palmer House" begonnen worden, der nach seiner Vollendung das größte Hotel der Welt beherbergen und das drittgrößte Gebäude der Welt darstellen wird. Die Innenausrichtung dieses riesenhaften Hotels von 2268 Zimmern wird einen Kostenaufwand von zwei Millionen Dollars erfordern. Wie die Unternehmer dieses Riesenbaues dem „Konfektionär" mitteilen, sollen für die Lieferung der gesamten eleganten Hotelausstattung auch deutsche Lieferanten in erhöhtem Maße herangezogen werden, da die Einrichtung der neuesten großen deutschen Ueberseedampfer in den Vereinigten Staaten überall sehr beifällig aufgenommen wurde.

Raubzug im Automobil.

Kassel, 21. August. Ein unglaublich dreistes Räuberstück leisteten sich zwei junge Leute zwischen den Orten Lohlbach und Dainrode. Sie legten auf dieser bewaldeten Chausseestrecke einen Baumstamm über die Straße und zwangen auf diese Weise einen Fabrikbesitzer aus Solingen, mit dem Kraftwagen zu halten. Als der Fabrikant den Stamm beseitigt hatte, drangen die beiden mit vorgehaltenem Revolver aus dem Walde hervor und zwangen den Fabrikanten, seine gesamte Barschaft und Wertsachen an die Räuber auszuliefern. Außerdem zwangen sie ihn, seinen Ledermantel und seine Lederautomütze abzugeben und aus dem Auto auszusteigen. Dann schob der eine von den Räubern den Kraftwagen vor, während der andere mit vorgehaltenem Revolver die beiden erschrockenen Menschen in Schach hielt, worauf der zweite in das Automobil sprang und beide Räuber dann mit dem Wagen davonsagten. Kurz nach 6 Uhr abends tauchten dann die beiden vor dem Stationsgebäude Britton-Wald auf. Die beiden Banditen drangen in die Stationskasse ein, besichtigten das leere Zimmer des Stationsvorstehers und die ebenfalls ganz leere Gepäckkammer und kamen so in das Kassenzimmer, in dem zwei Beamte arbeiteten. Als die Räuber in die Tür traten, hieß es: „Hände hoch!" Während der eine Räuber mit dem Revolver die erschreckten Beamten einschüchterte, raubte der andere in aller Seelenruhe den Kassenschrank aus. Sie fanden 3150 Goldmark. Auch der Stationsvorsteher, der während des Ueberfalles in das Kassenzimmer trat, wurde von den Räubern mit Erschießen bedroht, daß er nichts zu unternehmen wagte. Als die Räuber ihre Beute gedrungen hatten, ging die Fahrt mit dem gestohlenen Kraftwagen weiter. Auf der Landstraße unweit des Ortes Somplar fand man später den Kraftwagen, den die Räuber einfach hatten stehen lassen, weil das Benzin ausgegangen war.

Stierkämpfer wegen Tierquälerei verhaftet. Am vergangenen Sonntag wurden in New Jersey Stierkämpfe veranstaltet, die sich eines lebhaften Zuspruchs erfreuten, aber einen unblutigen Verlauf nahmen. Es wurde nicht ein einziger Stier getötet. Trotzdem sind nachträglich alle Toreros, die an diesem Tage auftraten, verhaftet worden. Diese Maßnahme, die auf das Eingreifen kultureller Verbände zurückzuführen ist, wird mit Tierquälerei begründet. — Sehr richtig!

Fünf Mädchen ertrunken. Aus Kalmar (Schweden) wird gemeldet: Fünf Mädchen, darunter 2 Schwesternpaare im Alter von 5 bis 12 Jahren, die in Begleitung eines elfjährigen Knaben eine Ruderfahrt unternommen hatten, fanden vor den Augen ihrer Eltern den Tod in den Wellen. Der Knabe konnte sich durch Schwimmen retten.

Das Erdbeben in Turkestan. Aus Allahabad wird gemeldet, daß im Bezirk von Ferghana (Sowjet-Turkestan) durch ein Erdbeben drei Dörfer in der Nähe von Osh zerstört worden sein. 41 Personen seien getötet worden, nahezu 5000 Menschen seien obdachlos.

Todessturz im Automobil. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich auf der Chaussee Neutedel—Reeth im Kreise Arnswalde. Kurz vor dem Dorfe Liebenow fuhr ein Lastkraftwagen der chemischen Produktenfabrik Stettin gegen einen Baum. Ein Mitfahrer wurde durch den starken Anprall fünfzehn Meter weit fortgeschleudert und blieb mit schweren Rippenbrüchen liegen. Der Chauffeur wurde mit gebrochenem Genick aus den Trümmern des vollkommen zerstörten Wagens hervorgezogen.

Wetter-Voraussage.

Sonnabend: Wolkig, zeitweise heiter, windig, Regenschauer, ziemlich kühl.

Sonntag: Abwechselnd heiter und wolkig, etwas windig, geringere Niederschläge, nachts kühl, tagsüber etwas wärmer.

Montag: Ziemlich heiter, trocken, nachts kühl, tagsüber weiter wärmer.

Aus der Arbeitersportbewegung.

Das Bundesschwimmfest in Leipzig.

Am 16. und 17. August veranstalteten die Wassersportler im Arbeiter-Turn- und Sportbund ihr Bundesfest in Leipzig. Es stand leider unter einem unglücklichen Stern, starker Regen hatte die Sportstätte in Gefahr gebracht, so daß das Fest am zweiten Tage nach Lindenthal verlegt werden mußte. Die Beteiligung war aus allen Teilen Deutschlands gut. Auch Arbeiterschwimmer aus Wien waren erschienen. Die Jugend war bei den Wettkämpfen stark vertreten und zeigte beachtliche Leistungen. Das weibliche Geschlecht zeigte große Liebe für den Schwimmsport. Am Start war die Beteiligung gegen früher bedeutend besser.

Das 1000-Meter-Schwimmen war interessant, im Endkampf siegte Dahle (Neukölln). Die Vorrundenspiele um die Bundesmeisterschaft ergaben zum Schlußspiel Wien—Leipzig. Beide Mannschaften zeigten eine faire Technik und glänzende Kombination, dasselbe trifft auch auf die Mannheimer Mannschaft zu. Das Männerspringen in der Ausscheidung war zahlreich belegt und bewies aufs neue, daß die Springkunst besonders gepflegt wird. Die Jugendwasserspiele zeigten einen anständigen Charakter, ein guter sportlicher Nachwuchs. Das Wasserballspiel Wien—Berlin mußte bei einbrechender Dunkelheit abgebrochen werden. Nach den Ausscheidungskämpfen vereinigten sich die Schwimmer im „Lunapark" zu einem Empfangsabend.

Am Sonntag fanden im Bade Lindenthal die Schlußkämpfe auf einer 50-Meter-Bahn statt. Start aus der Schwimmlage. Die einzelnen Wettkämpfe wurden von den zahlreichen Zuschauern mit Spannung verfolgt. Die besten Schwimmer lieferten sich harte Entscheidungen. Den Höhepunkt bildeten die Kunstreigen, die Leipzig und Wiesen zeigten. Das war gute volkstümliche Arbeit, famose Sicherheit des einzelnen, prächtige Figurenbilder. Alle Vorführungen fanden starken Beifall. Anschließend fand das Wasserballspiel um die Bundesmeisterschaft statt. Zwei gleichwertige Gegner, die in anständiger Form um den Titel rangen. Hervorzuheben ist der vornehme Geist der Wiener beim Spiel. Mit dem Siege 7:2 verließ die Wiener Mannschaft als Bundesmeister das Wasser. Leipzig hatte sich redliche Mühe gegeben, spielte tapfer und zäh. Die Disziplin aller Spieler war gut. Der Schiedsrichter Striebe (Mannheim) war korrekt und sicher. Verschiedene Einzelkämpfe folgten noch. Das Gesellschaftsspiel Mannheim—Neukölln bildete den Schluß des Festes.

2. Kreis, 6. Bezirk.

Am Sonntag, dem 24. August 1924, beginnen im 6. Bezirk nun auch die Serienspiele um die Bezirksmeisterschaft. Jeder Verein hat für die ordnungsmäßige Abwicklung der Spiele zu sorgen. Einige Spiele mußten infolge des Hochwassers verlegt werden und wird ersucht, davon Kenntnis zu nehmen.

Es finden folgende Spiele statt:

Zeit	Bauender Verein	Gast-Verein	Schiedsrichter
11	Askania (Nietleben) I	Giebichenstein I	Festerling (Fichte)
4	Sportclub (Zörbig) I	Fortuna (Dölau) I	Harzdorf (Viktoria)
4	Eintracht (Gröbers) I	Minerva (Halle) I	Henze (Crölwitz)
4	R. Vorw. (Bruckd.) I	Fichte (Halle) I	Mergel (Minerva)
4	Spor' ft (Halle) I	T. u. Sp. (Wörmlitz) I	Hartlich (Fortuna)
4	B. f. B. (Trotha) I	Wacker (Eisleben) I	Herwig (Wörmlitz)
1/2 11	Fichte (Radewell) I	Crölwitz I	Störmer (Minerva)
4	Viktoria (Halle) I	Dürrenberg I	Brandt (Fichte)
4	Reideburg I	A. S. C. (Halle) I	Thomas (Lettin)
1/2 3	Askania II	Giebichenstein II	Bruckdorf
1/2 3	Zörbig II	Fortuna II	Wörmlitz
1/2 3	Gröbers II	Minerva II	Trotha
4	Reinsdorf I	Teutonia II	Brachstedt
1/2 3	Bruckdorf II	Fichte II	Radewell
1/2 3	Sportlust II	Wörmlitz II	Viktoria
1/2 3	Trotha II	Teicha I	Reideburg
3	B. f. B. (Lettin) II	Brachstedt I	Hertha (Lettin)
1/2 3	Crölwitz II	Radewell II	Giebichenstein
3	Viktoria II	Dürrenberg II	Fortuna
1/2 3	Reideburg II	A. S. C. (Halle) II	Gröbers
4	Merseburg I	Hertha (Lettin) I	Teutonia
4	Fortuna III	Passendorf I	Askania
1/2 3	Minerva III	Teicha II	Bruckdorf
2	Brachstedt II	Giebichenstein III	Viktoria
1/2 3	Bruckdorf III	Passendorf II	Zörbig
3	B. f. B. (Lettin) III	Viktoria III	A. S. C. (Halle)
1	Askania Jugend	Zörbig Jugend	Minerva
11	Viktoria Jugend	Dürrenberg Jugend	Giebichenstein
1/2 10	Radewell Jugend	Giebichenstein Jgd.	Dürrenberg

Die Spiele von Viktoria finden auf dem Minerva-Platze statt.

2. Kreis, 6. Bezirk. Montag abend im „Volkspark" Vorstandssitzung.

HSC. Sportlust. (Exerzierplatz Dessauer Straße.) Sonntag stehen sich im ersten Serienspiel Sportlust I — Wörmlitz I um 4 Uhr auf eigenem Platze gegenüber. 1/2 8 Uhr spielen die zweiten Mannschaften. Sonnabend 8 Uhr bei Thomas Versammlung.

TB. Naturfreunde Halle, Sportabteilung. Sämtliche Handballspieler und Sportler treffen sich Montag, den 25. August, abends 7 Uhr, in der Jugendherberge. Erscheinen aller ist Pflicht, da sehr wichtige Sitzung.

Sportverein Rüstig Vorwärts, Bruckdorf. Serienspiele. Spiele am Sonntag, dem 24. August: R. V. B. I—Fichte I Halle 4 Uhr in Bruckdorf. Pilzer, Jarzewski, Weißing, Pretzsch, Meiser, Egert II, Hartmann, Becker, Gold, Dietz, Tuschner. Ersatz: Merker. Linienrichter Orivol I und R. Wilhelm. Dieselbe Mannschaft spielt morgen, Sonnabend, den 23. August, abends 5.30 Uhr in Bruckdorf gegen Rudolstadt I. — Am Sonntag finden außerdem nachfolgende Spiele statt. 2.30 Uhr: R. V. B. II — Fichte II in Bruckdorf. Pretzsch II, Hoffmann, Bebemann, Kleinschmaher, Hüaert, Egert I, Werner, Meißner, Otto, Roße, Härtel. Ersatz: Bageritz und Merker. Linienrichter: Höhne (Roitzsch). 1 Uhr: R. V. B. III — Passendorf II in Bruckdorf. Müller, Weißing, Trautkwin, Schatz, Orivol, Müller, Bageritz, Hahn, Knöfel, König, Lindner. Ersatz: Rietz, Meißner. Linienrichter: Pretzsch I, Werner. Jeder Spieler und Linienrichter hat mindestens eine Viertelstunde vor Beginn im Dorfe zu erscheinen. An unsere Sportrepublikaner richten wir die Bitte, uns recht zahlreich zu unterstützen, da der Spielbetrieb jetzt wieder voll einsetzt. Gegen das Nichterscheinen der Mannschaften wird schärfstens durchgegriffen.

Freie Schwimmer Querfurt-Thalbork. Am Mittwoch fand hier die Gründungsversammlung der Freien Schwimmer mit großem Erfolg statt. Sonntag, den 31. August, findet in der Städtischen Badeanstalt ein großes Werbeschwimmen unter starker Beteiligung auswärtiger Bundesvereine statt. Anschrift W. Steg, Klippe 26.

Bezirkswasserportfest in Wettin. Die Kampfrichtersitzung findet mittags 12 Uhr im Kleinen Schweizerling statt. Stoppuhren mitbringen.

Aus der Jugendbewegung.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Kreis Delitzsch-Bitterfeld-Wittenberg.

Mitteilungen der Kreisleitung.

Achtung! Der Jungdeutsche Orden sammelt Unterschriften für einen Antrag auf Herbeiführung eines Volksentscheides über die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht. Unser Verband hat ja bekanntlich auf der Reichskonferenz im Mai einstimmig die Einführung des Arbeitsdienstjahres abgelehnt. Unsere Stellung ist also ganz klar. Verfolgt aufmerksam die Bestrebungen des Jungdo und tretet ihnen wirksam entgegen. Wichtige Feststellungen sind sofort der Kreisleitung zu melden.

Mitte September findet eine Bezirksausschußsitzung statt. Uebermittelt uns recht bald Eure Wünsche und Beschwerden an die Bezirksleitung.

Rüstet zum Kreistreffen am 26. und 27. September in Klein-Wittenberg.

Veranstaltungen der Ortsgruppen.

Eilenburg. Sonntag, den 24.: Badeausflug nach Balsdorf, Führung Genosse Eichhorst. Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung. — Mittwoch, den 27.: Vortrag: Staat und Republik.

Klein-Wittenberg. Freitag, den 22.: Ausspracheabend: Wie der Kapitalismus entstand. — Sonntag, den 24.: Wanderung. — Mittwoch, den 27.: Monatsversammlung.

Delitzsch. Freitag, den 22.: Unterhaltungsabend. — Sonntag, den 24.: Fahrt nach Wörlitz. — Dienstag, den 26.: Volksliederabend.

Gräfenhainichen. Sonntag, den 24.: Tagesfahrt. — Dienstag, den 26.: Leseabend. — Donnerstag, den 28.: Spiele im Freien.

Falkenberg. Freitag, den 22.: Volkstanzabend. — Sonntag, den 24. Halbtagswanderung.

Wittenberg. Mittwoch, den 27.: Mitgliederversammlung.

Die Programme für September müssen bis Sonntag, den 31. August, an die Kreisleitung eingesandt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Karl D., Mansfeld. Nachdem Anfang Oktober 1918 Prinz Max von Baden als Nachfolger Hertlings das Reichskanzleramt angenommen hatte, traten in das neugebildete Kabinett neben Vertretern der fortschrittlichen Volkspartei und der Zentrumspartei auch zwei Sozialdemokraten, nämlich die Genossen Gustav Bauer und Philipp Scheidemann. Ersterer war für das neueinzurichtende Arbeitsministerium bestimmt, während Scheidemann „ohne Portefeuille" (ohne besonderes Amt) blieb.

Ein Hochgenuß für Alt und Jung

ist stets OETKER-BAUS DR. OETKER'S Mit frischen oder eingemachten Früchten, Rhabarber oder Fruchtsaft nahrhaft u. gesund.

ein PUDDING PUDDING-PULVER Der Zusatz von knochenbildenden Salzen macht ihn zu einem hervorragenden Kinder-Nährmittel.

Robert Zschiesche, Gräfenhainichen
Vor der Pforte 1 — Vor der Pforte 1
Möbel- und Ausstattungshaus
gegen Kasse und bequeme Teilzahlung
In riesiger Auswahl finden Sie bei mir Möbel aller Art und empfehle davon ganz besonders:

Speisezimmer, Schlafzimmer, herrliche Küchen in allen Farben, Anlegeschränke, Kleiderschränke, Vertikos
Speisezimmer, Wachstuchtische, Stühle jeder Art, Schreibtischsessel, Diplomaten-Schreibtische, Plüschsofas, Ruhebetten
Patentrahmen, Auflagematratzen, Kordmöbel, Spiegel, Bilder, Kinderwagen, Puppenwagen, Standuhren
Blumenkrippen, Ständer, Servierttischchen, echt Eiche, Nähtischchen, Drahtbettstellen, Kinderbetten, Rohrmöbel

Ferner halte ständig auf Lager:
Herren-Raglan, Herren-Hosen, gestr. Herren-Palet., Herren-Sommerjopp. Herren-Anzüge, Herren-Cutaway, Herren-Hosen, Breeches
Damen-Mäntel, Damen-Strickjacken, Damen-Kleider, Damen-Kostümröcke, Damen-Wäsche, Herren-Wäsche, Bettwäsche, weiß und bunt
Kinderkleider, Kleiderstoffe, Reinwollene Popeline und Cheviot in allen Farben, Frotté, Blusenkretten, Schürzen
Fertige Blusen, Hemden-Barchent, Velour-Barchent, Bett-Inlette, Beinkleider für Herren und Damen, Gardinen

Niedrigste An- und Abzahlung

Käufer erhalten nach geleisteter Anzahlung sofort die Ware ∴ Besichtigung meines Lagers ohne Kaufzwang ∴ Versand nach jeder Bahnstation

Vertreter: Bernhardt Klotz in Fa. Witte Nachf., Wittenberg, Schloßstraße 32
Vertreter: Gustav Seller, Piesteritz, Coswiger Straße 27 II.
Vertreter: Hermann Nietzold, Bitterfeld, Wolfener Straße 5
Vertreter: Ewald Kühne, Greppin, Wolfener Straße 68
Vertreter: Richard Opitz, Halle a. d. S., Marthastraße 7.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408221-13/fragment/page=0007

Kunst • Wissenschaft • Leben

Mars.

Zu seiner größten Erdnähe am 23. August.

Von Felix Linke.

Von allen astronomischen Dingen interessiert das große Publikum im wesentlichen die eine Frage: Wie sieht's auf andern Himmelskörpern aus und sind sie bewohnt? Der Mars ist das Schulbeispiel für alle diese Dinge, seitdem Schiaparelli, der große italienische Astronom, im letzten Viertel des verflossenen Jahrhunderts seine aufsehenerregenden Beobachtungen veröffentlichte. In den Jahren 1877 bis 1888 kam der Mars der Erde mehrmals sehr nahe, so daß zu einigen Zeiten dieser Jahre die Beobachtung des Planeten von der Erde aus besonders günstig war. Damals sah Schiaparelli auf dem Mars ein ganzes System von Streifen und Flecken, die er mit dem Namen „Kanäle" belegte. Die Oeffentlichkeit faßte diese Bezeichnung wörtlich auf, und man schrieb überall von den gewaltigen Kanälen auf dem Mars, die die Bewohner dieses Planeten gebaut hätten, um die durch die Schneeschmelze in den Marssommern plötzlich auftretenden riesigen Wassermengen abzuleiten. Auf diese Weise hätten sie ihre Existenz gegenüber den drohenden Naturgewalten gerettet.

Schiaparelli selbst stand solchen Gedankengängen durchaus fern. Aber es ist verständlich, daß viele Liebhaber der Himmelskunde solche Ideen pflegten, denn sie wollten aus der Sache etwas Greifbares, Menschliches herausschälen. Es hat sich nun in der Folge ergeben, daß gerade die bedeutenden Beobachter mit den allergrößten Fernrohren von dieser Wunderwelt auf dem Mars herzlich wenig gesehen haben. Man erwartet deshalb die jetzige größte Erdnähe des Mars und die Ergebnisse der neuen Beobachtungen mit großer Spannung. Am 23. August ist uns der Planet ganz besonders nahe (er ist das bereits seit längerer Zeit und bleibt es auch noch eine Weile). Man wird ihn dann ganz besonders unters Fernrohr nehmen. Leider steht Mars für die nördlichen Sternwarten so tief, daß sie die günstige Stellung nicht ausnutzen können und die Arbeit im wesentlichen den südlichen Sternwarten überlassen müssen. Man wird dabei zuerst darauf achten, ob sich für das Vorhandensein von Luft und Wasser sichere Anhaltspunkte gewinnen lassen. Beides ist nämlich bisher noch nicht einmal ganz sicher, so daß es überhaupt fraglich ist, ob auf dem Mars lebende Wesen vorhanden sein können. Diese Unsicherheit ist besonders dadurch bestärkt worden, daß man auf Grund neuer Beobachtungen das Marsklima ausrechnen konnte und gefunden hat, daß in unseren Breiten, wo eine durchschnittliche Jahrestemperatur von +9 Grad herrscht, auf dem Mars im Jahresmittel 27 Grad Kälte herrschen, also ein Klima, wie es auf der Erde in Nordwestgrönland vorkommt. Und selbst am Marsäquator besteht ein Jahresmittel von 3 bis 4 Grad unter Null. Höhere Lebewesen können in solchen Klimaten auf die Dauer überhaupt nicht mehr existieren. Wir kennen wenigstens keine Möglichkeiten, wie das geschehen könnte. Ob eine niedere Lebewelt als Reste einer früheren höher organisierten noch vorhanden ist, wissen wir nicht; man könnte es vielleicht annehmen. Alle die Leute, die also mit irgendwelchen technischen Hilfsmitteln mit den Bewohnern des Mars Verbindung suchen, dürften ihre Anstrengungen ganz umsonst vornehmen. Die neuen Beobachtungen werden in diesen Fragen hoffentlich noch größere Klarheit bringen.

Die Ansicht von der Künstlichkeit des beobachteten Kanalsystems steht auf sehr schwachen Füßen. Einmal müßten Kanäle, die wir von der Erde aus sehen wollen, mindestens eine Breite von 30 Kilometern haben das ist 100mal so viel als unsere breitesten künstlichen Wasserstraßen. Und von unseren natürlichen erreicht keine diese Breite. Der Amazonenstrom ist auf einige Strecken 15 Kilometer breit, doch ist das das gewaltigste was wir kennen. Künstliche Wasserstraßen von solcher Breite herzustellen setzt technische Hilfsmittel von einer ungeheuren Gewaltigkeit voraus. Und da die Marskanäle meist noch viel breiter sein sollen, als dieses Minimum, das wir sehen können, so wird die Sache immer unwahrscheinlicher, um so mehr, als diese Kanäle meist Tausende Kilometer lang und in großer Zahl vorhanden sind. Unsre größten Tiefbauwerke, auf die wir stolz sind, der Nord-Ostsee-, der Panama- und der Suezkanal, sind dagegen Kinderspielzeuge.

Die wissenschaftlichen Forschungen haben uns nahegelegt, daß Schiaparelli wie auch zahlreiche andere Marsbeobachter sogenannten Sinnestäuschungen zum Opfer gefallen sind, und daß die Kanäle gar keine wirklichen Striche sind, sondern nach der Ansicht von Arrhenius zum Teil perlschnurartig aneinandergereihte dunkle Flecken, die zur Zeit der Schneeschmelze entstehen. Dieser Schnee deutet allerdings auf das Vorhandensein von Wasser. Aber da die Temperatur so niedrig ist, daß der Schnee nur deshalb schmilzt, weil er viel Salze und andere den Taupunkt erniedrigenden Substanzen enthält, sind die Verhältnisse ganz andere als auf der Erde. Arrhenius weist dem Mars ein Klima und eine Oberflächenbeschaffenheit zu, die eine Zwischenstufe zwischen den Sand- und Salzwüsten der Erde und der Mondoberfläche bilden. In solchem Zustande dürfte aber auch kaum höheres Leben dort vorhanden sein.

Wie man sieht, sind es eine ganze Reihe höchst interessanter Probleme, die der Lösung harren, und wir hoffen, daß jetzt, da uns der Mars so nahe ist, wie er uns erst in achtzig Jahren wieder kommen wird, Licht in das Dunkel dieser Fragen gebracht werden wird.

Zeitgenössische Künstler.

Frans Masereel.

Noch immer trennt eine schier unüberbrückbare Kluft die große arbeitende Klasse des Volkes von der Schar der Intellektuellen, ganz besonders von der bildenden Künstlerschaft. Die meisten von ihnen schaffen nur für eine kleine Gemeinde vermögender Kunstfreunde, manche nur für einen engen Kreis kunstbegeisterter Kenner. Ihre Werke, ja nicht einmal ihre Namen dringen in die breiten Schichten der Masse, die in ihrem Kunstbedürfnis auf billige Oeldrucke aus Vorstadtläden angewiesen ist. Proletarische Wohnungen mit ihrem kitschigen Bildschmuck sprechen hiervon eine beredte Sprache.

Es ist ein Unding, heute proletarische Kunst zu fordern. Wir leben noch nicht in der sozialistischen, sondern in der hochkapitalistischen Epoche mit Menschen und Dingen aus ihr herausgewachsen. So können wir von der Kunst der Gegenwart auch nur die Darstellung dessen erwarten, was die Jetztzeit aus sich heraus gebiert. Unser Wille nach Kultur ruft nach den geistigen Schätzen, die uns die bürgerliche Gesellschaft bisher vorenthalten, wir wollen Wissens- und Kunstverbreiterung. In erster Linie aber will die klassenbewußte Arbeiterschaft bessere Menschheitszustände; dieses Ziel ist nur durch Kampf zu erreichen. Eine Reihe von Künstlern steht ihr in diesem Kampfe bei. Mehr als in den meisten aller heutigen Literaturversuchen spürt man bei ihnen das Drängen, Suchen und Aufwärtswollen einer neuen Zeit, einer neuen Menschheit. Es sind vorerst nur wenige. Die meisten Künstler bleiben im engen Rahmen ihres allzupersönlichen Gesichtskreises stecken, sie kommen aus bürgerlichen Konventionen (trotz bohemischer Gebärden) nicht heraus, bei ihnen wird der Inhalt meistens zugunsten der Form verdrängt und nur Aesthetik kommen voll auf ihre Rechnung.

Es gilt daher, die Arbeiterschaft mit der Schar der wenigen bekannt zu machen, die den Blick und das Herz haben für ihre Nöte, Leiden, Forderungen und ungestüme Sehnsucht. Die Agitatoren neuer Lehre und damit Rufer und Führer sind im unermüdlichen Vorwärtsdringen des Proletariats, die mit seinem Schicksal unlösbar verbunden sind.

Frans Masereel, der belgische Meister des Holzschnittes, ist einer ihrer größten. Wie die flandrischen Mönche des Mittelalters in der Enge ihrer Zellen mit unermüdlicher Geduld und Liebe jene frommen Bilderbogen und Illustrationen biblischer Legenden schufen, deren Innigkeit des Ausdrucks, deren primitive aber meisterliche Technik uns noch heute entzücken, so hat Masereel mit Hingabe und demselben fast handwerklichen Fleiß, eine Unmenge von Blättern und Bilderserien geschaffen, ja ganze Romane in Bildern geschrieben. Fast ein halbes Jahrtausend liegt dazwischen, es ist alte Technik, aber neuer Stil, neuer Geist.

Der Rhythmus seines Werkes ist unerhört zeitgemäß und spiegelt sein großes, weites Gefühl, das die ganze moderne Welt, all die Vielfältigkeiten, den Gestaltenreichtum und die Buntfarbigkeit

dieses Erdendaseins umfaßt. Alles, was seine gierigen Künstleraugen auffangen, was sein Herz schwingen macht, was seine geistige Persönlichkeit in sich aufnimmt, das spannt seine kunstfertige Hand in diese vielen kleinen Schwarzweißdrucke. Von einfacher, sauberer Volkstümlichkeit ist seine Sprache, für jeden, auch den einfachsten Menschen verständlich. Er erfüllt (im Gegensatz zu manchen modernen Künstlern) die Forderung, die Tolstoi an die guten Bücher stellt. Dabei ist alles, was sein glühender Schaffensdrang uns schenkt, von höchster künstlerischer Reinheit und Formvollendung.

Mit beiden Armen greift er hinein in das gärende Chaos unserer Zeit. Nicht wahllos, mit der kühlen lässigen Objektivität des Nurkönners, den nur das Wie, die Linie der Dinge interessiert. Das Herz des Menschen Masereel pocht hinter seinem Werk, das brüderliche Herz, das mit jeder Faser seinen leidenden, kämpfenden Menschenbrüdern verbunden ist. Mit beiden Füßen steht er in ihren Reihen in der Kampffront, fühlt mit ihnen, gestaltet bildnerisch ihre Schicksale. Masereel ist kein Philosoph, der um erdenferne Probleme ringt, der in der Sucht, Komisches zu lösen, aus der realen Welt in phantastische Träume flüchtet, sondern er ist der Künstlerpropagandist für eine bessere Diesseitigkeit. Als Pazifist kämpfte er während des Krieges von der Schweiz aus gegen den grauenvollen, kulturvernichtenden Brudermord. Die Eindringlichkeit seiner Zyklen „Die Toten reden" und „Die Toten erwachen" wirkt wirksamer für die Idee des Friedens als Worte es können. Es sind grimmige, leidenschaftliche Anklagen.

Aber er bleibt nicht gleich vielen, auf halbem Wege stehen. Der Pazifist wird Revolutionär, er weiß, daß der Krieg da wieder begann, wo er nach Friedensschluß scheinbar aufgehört hatte. In der Bilderfolge „Passionsweg eines Menschen" zeichnet er — für alle Nationen lesbar — das harte, unbarmherzige Schicksal des namenlosen einfachen Arbeitsmannes. Er reiht die Szenen eines Lebens, das sich ungesehen und unbemerkt zu Tausenden neben uns abspielt, vor unseren Augen ab wie Upton Sinclair in seinem besten Roman „Jimmy Higgins". Beide werben — werben in den Reihen der Noch-Beiseitestehenden für die Weltanschauung und das Ziel des kämpfenden Proletariats.

Aber so ergriffen sein Mitgefühl ist von dem unendlichen Leid der Menschheit, so erschlossen ist die Seele des Künstlers Masereel all den tausend Schönheiten der Erde, den Wundern der Landschaft, der berauschenden Weltweite. Ein romantischer Schimmer überglänzt viele seiner Schöpfungen, ein lebenbejahendes Lied an die Freude klingt aus ihnen.

Einblick in das Schaffen und die Persönlichkeit des Künstlers gewährt ein Werk, in welchem Stefan Zweig und Arthur Hollitscher longeniale Interpreten Masereels geworden sind. Es heißt: Frans Masereel und ist bei Axel Juncker (Berlin) verlegt. Die Kunstausstellung der Arbeiterkulturwoche in Leipzig hatte ein ganzes Kabinett mit seinen herrlichen Blättern ausgestaltet, die viele Abnehmer gefunden haben. In der Hallischen Kunstausstellung, die am Sonntag, dem 24. August, eröffnet werden wird, wird Masereel ebenfalls in reichem Maße durch seine schönen Schnitte vertreten sein.

Margarete Bauer.

Die Kriegsmappen der Dix und Krain.

Von Friedrich Wendel.

Der Kriegserinnerungstag hat eine Flut von leidenschaftdurchbebter Literatur des pazifistischen Protestes gebracht. Was die Graphik angeht, so heischen das Radierwerk „Der Krieg" von Otto Dix und die Mappe „Nie wieder Krieg" von Willibald Krain besondere Beachtung.

Dix gibt in Blättern, deren Technik Dienst am Stoff ist, Schilderungen des Kriegs, die der Wirklichkeit trotz unerhörter Krassheit der Darstellung Gewalt nicht antun. Es sind Blätter darunter, die auf den Betrachter wirken, als stehe er dem Gemanische von Eingeweiden und Stacheldraht, von Blut und Dreck unmittelbar gegenüber. Wo er am sachlichsten bleibt in diesem Referat über Scheußlichkeit, die Wirklichkeit war, ist er am stärksten; nötig hat Dix kaum, bestimmte Töne, die er vortragen will, durch symbolische Figuren zu unterstreichen. Da ist ein „Sterbender Soldat", ein Menschengesicht mit klaffenden Wundlöchern, in seiner Entsetzlichkeit uns heißestes Gefühl für den Gemarterten so jäh in die Seele schlagend, daß kaum ein Dornenhaupt des Golgathagerichteten gleich starke Wirkung zu erzielen vermag. Da sind runde gedunsene Körper von Gastoten, die wie letztes, nicht mehr revidierbares Wort zum Gesamtthema wirken. Da ist ein totes Pferd, kalt, kraß und einsam, seine steifen Beine zum Himmel streckend — es kommt einmal bei dem seltsamen Gustav Meyrink ein Wort vor, das lautet: Wehe, wenn einst in einem Gericht über die Menschen die Seele auch nur eines einzigen Tieres sitzen sollte! Ich sah mit die Dix-Mappe just am Erinnerungstag an. Eine Stunde später hörte ich einen nach Hause wandernden Demonstrantenzug mit Feuer in dem bekannten, musikalisch zweifellos höchst wirksamen Lied die Stelle singen:

„Ladet die blanken Gewehre . . .!"

Lieber Otto Dix, das waren also Leute, die gegen die Bourgeoisie die blanken Gewehre laden wollen. Werden wir nicht müde, Otto Dix, denen in die Köpfe zu rennen, daß es ein unerhörter Schwindel ist, zu sagen, die blanken Gewehre könnten 1. die Bourgeoisie aus der Welt schaffen, 2. den Sozialismus verwirklichen und 3. sie, die Träger der blanken Gewehre, als anständige Menschen erscheinen lassen.

Ist Dix' tiefe Wirkung erzielt durch jene Objektivität, die bestimmte Herrschaften dreimal verfluchen, so wirkt Willibald Krain dadurch, daß er mit Fingern auf die Verantwortlichen zeigt. Er zeigt u. a. „Die Internationale der Generale": In einem von düsteren Felsen eingeengten Tal des Todes zieht ein Zug proletarischer Menschen dahin, oben dirigieren fäbelschwingende Generale Schicksal. Man hätte gern in Krains Werk den konkret-politischen Ton, wenn er schon, durchaus erlaubt, einmal angeschlagen wurde, in die naheliegende Konsequenz verfolgt gesehen: man vermißt gerade in dieser vorzüglichen Mappe die Darlegung, daß der Wahnsinn von 1914 aufs Konto der weltlenkenden Bourgeoisie zu setzen ist. Immerhin gibt Krain einen Anklang, wenn er das „Gebet um Sieg" aufsteigen läßt zu einer Mammonsfratze. Ein sehr starkes Blatt der Serie stellen „Die Frauen" dar: an Kreuzen über öbem Land hängen notgemarterte Dulderinnen, eine Alte mit einem Kopf, dessen Züge sich einprägen, eine junge Schwangere, die erschüttert. Krains „Kriegsinvalide" wäre ein äußerst geeigneter Korridor- und Zimmerschmuck für unsere Schulen.

Beide Mappen reihen sich würdig den bedeutenden Erscheinungen der Antikriegsgraphik an, unter denen die Holzschnitte Masereels und der Frauen-Zyklus der Kollwitz an erster Stelle stehen.

Die deutschen Künstler, die mit leidenschaftlichem Ethos das Thema des Krieges, und zumal der letzten Schlächterei, behandelt haben, sind mit diesem ihrem ethischen Kampf durch ihre ausländischen Kollegen bisher weder erreicht noch übertroffen worden. Man darf die provozierende Frage stellen, wann im Westen gleiche Bemühung einsetzen wird.

Das Mörderhaus als Sehenswürdigkeit. Die Eigentümerin des berüchtigten Landhauses, in dem der soeben in England zum Tode verurteilte Mahon seine Geliebte Mäß Kaye ermordete, in Stücke zerschnitt und verbrannte, macht heute vorzügliche Geschäfte. Tag für Tag kommen Tausende von Personen, in der Hauptsache Frauen und Kinder, nicht nur aus London, sondern aus weit entlegenen Gegenden in Autos und Fuhrwerken aller Art an, um den Schauplatz der Mordtat zu besichtigen. Zu diesem Zwecke erwerben sie für einen Schilling eine Eintrittskarte, die ihnen das Tor der Villa öffnet. Von dem Eintrittspreise werden zwei Pence als Lustbarkeitssteuer abgezogen. Die restlichen 10 Pence werden in gleichen Teilen zwischen der Besitzerin des Landhauses und einem Nachbarn geteilt, der die Eintrittskarten verkauft, die Besucher gruppenweise durch das Haus führt und ihnen die gewünschten Erläuterungen gibt: „Hier ist der Ofen, wo ein Teil der Leiche verbrannt wurde; dort stand der Koffer, wo die unverbrannt gebliebenen Körperteile der Leiche verwahrt wurden" usw. Es ist ein schimpflicher Handel; aber die Besitzerin versichert, wenn sie nicht durch die Erhebung von Eintrittsgeld den Zugang geregelt hätte, so hätte die von der Neugierde geplagte Menge die Villa gestürmt und Türen und Fenster eingeschlagen. Und die Frau hat recht, es gibt keine Gesetze und noch weniger sittliche Hemmungen, die diese perverse Neugier im Zaune zu halten vermöchten. Um dem Handel einen Schein von Anstand zu wahren, werden 10 Prozent der Kasseneingänge einer Wohltätigkeitsanstalt zugeführt. 90 Prozent wandern indessen in die Taschen der Unternehmer. Die englischen Blätter erheben energisch Protest gegen dieses schamlose Gebaren und fordern, daß die Polizei dem Skandal, der eines zivilisierten Landes unwürdig sei, endlich ein Ende mache.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408221-13/fragment/page=0008